Einzelpreis 30 Pf. Halle, Dienstag, den 3. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 179

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105096. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Die Diktatur über die Arbeiterklasse!

Das „Entwaffnungsgesetz" — ein Ausnahmegesetz gegen das sozialistische Proletariat!

Heraus zur Abwehr!

Die Ueberrumpelung soll gelingen! Die deutsche Arbeiterklasse soll einem Diktator unterstellt werden, der unter dem Vorgeben der „Entwaffnung" alle Gewalt über das sozialistische Proletariat und seine Organisationen hat!

Ein wahnsinniger Streich ist geplant! Gelingt er, so ist die sozialistische Arbeiterklasse schon von morgen an unter ein neues Ausnahmegesetz gestellt, das mit unerhört zynischer Offenheit alle modernen Gewalt- und Machtmittel in unbeschränkter Ausdehnung einem Diktator in die Hände gibt, der souverän über die Arbeiterbewegung verfügen kann!

Wie der Blitz ist der Streich geführt worden! Am Freitagabend ist der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung dem Reichstage zugegangen. Niemand konnte ihn richtig lesen und überdenken — da war schon Sonnabend die erste Beratung im Plenum. Die Oeffentlichkeit wußte fast überhaupt nichts von seinem gefährlichen Inhalt! — Der Entwurf wurde der Ausschußberatung überwiesen; der Ausschuß tagte Sonntag — und gestern, Montag sollte das Theater im Plenum durch das Spielen des zweiten und dritten Aktes zu Ende gehen. Nur aus formalen Verzögerungen konnte noch ein Tag gewonnen werden. Heute, Dienstag, soll die Diktatur errichtet werden.

Soeben wird gemeldet, daß der Ausschuß keine wesentlichen Aenderungen am Entwurfe vorgenommen habe! Die Gefahr besteht also in voller Schärfe.

Dem Volke wird eine Geißel aufgebunden, die zur dauernden Züchtigung gemacht werden kann! Sobald sich die Diktaturgewalt zur „Entwaffnung" bewährt haben wird, wird man diese brutalen Methoden im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung sicher beibehalten!

Wie ist das alles doch gekommen?

•

Die Lorbeeren der alten Koalitionsregierung mit ihrem Noskesystem ließen die neue „rein" bürgerliche Regierung nicht schlafen. Hatten es damals demokratische Sozialisten verstanden, im größten Teil von Deutschland fast ununterbrochen den blutigsten Belagerungszustand walten zu lassen, so wäre es doch für die neuen Männer des „Ausbaues", zumal sie des Wohlwollens Scheidemanns und seiner Genossen auf jeden Fall sicher sein können, eine wahre Schande, wenn sie sich auf die Dauer mit dem schäbigen Broken des Ausnahmezustandes in Bayern, dem Ruhrgebiet und einigen anderen kleinen Teilen begnügen müßten. Dazu kommt, daß die gewaltigen Erfolge Rußlands, die neue Nachbarschaft und noch vielmehr die Verschärfung der Wirtschaftskrise ein gewaltiges und gefährliches Erstarken der Freiheitssehnsucht des deutschen arbeitenden Volkes mit Sicherheit erwarten lassen. Die täglichen Erfindungen „Roter Armeen", „linksradikaler Umsturzpläne" usw. haben leider den gewünschten Erfolg, als Vorwand für neue Belagerungszustände zu dienen, nicht gehabt, auch das Ergebnis der zum Teil künstlich provozierten Lebensmittelkrawalle war zu dürftig, andererseits ist aber gerade jetzt, wo niemand voraussagen kann, wie weit man der Entente mit oder ohne vorgetäuschte Neutralität gegen den siegreich vordringenden Bolschewismus wird zu Diensten sein müssen, das Bedürfnis nach größerem Spielraum für allerhand Machenschaften ganz außerordentlich gesteigert und, so muß einfach ein Weg gefunden werden, die erheblich erleichterte Form des Regierens, die bekanntlich der Belagerungszustand bildet, in ganz Deutschland einzuführen.

Den willkommenen Vorwand bietet die in Spa übernommene Verpflichtung, die Entwaffnung des deutschen Volkes gründlicher durchzuführen. Daß die Regierung unter stillschweigender Zustimmung der Entente dabei nicht die Erfassung der ihr zum großen Teil bekannten oder leicht erforschbaren Waffenmengen in der Hand der Reaktionäre im Auge hat, sondern in erster Linie die Revolution völlig entwaffnen will, wußte man ja schon längst, ein derartig offener brutaler Versuch aber, die wenigen Freiheiten der Verfassung ganz allgemein und für ganz Deutschland ohne jeden berechtigten Grund aus der Welt zu schaffen, muß doch überraschen. Die Vorlage, die dem Reichstage zugegangen ist und sofort zur Beratung gestellt wurde, macht den Reichskommissar, der mit der Entwaffnungsaktion betraut wird, zum allermächtigsten Diktator Deutschlands. Er kann Durchsuchungen und Beschlagnahmungen außerhalb der durch die Strafprozeßordnung gezogenen Grenzen vornehmen, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis aufheben, den Verkehr der Eisenbahn, der Schiffahrt, der Post, der Kraftwagen und aller anderen Fuhrwerke sowie den Luftverkehr nach Belieben kontrollieren. Sämtliche Behörden haben seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten, die Gerichte haben ihm Rechtshilfe zu gewähren. Er kann nicht nur der Sicherheitswehr Anweisungen erteilen, sondern auch die Hilfe der Reichswehr in Anspruch nehmen, und keine einschränkende Bestimmung bietet auch nur im geringsten gegen einen Mißbrauch dieser ungeheuerlichen und so entsetzlich gefährlichen Befugnis eine Wehr. Der Reichskommissar ist sogar befugt, besondere Organisationen zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen und Bestimmungen über Quartierleistungen und Naturalleistungen für die von ihm herangezogenen Organisationen zu erlassen, woraus zu ersehen ist, daß an eine förmliche Kriegführung unter Umständen gedacht ist. Selbstverständlich werden gegen Zuwiderhandelnde und Ungehorsame ganz ungeheuerliche Strafen vorgesehen. Wird diese Vorlage Gesetz, dann wird das deutsche schaffende Volk schaudernd erkennen, was sich aus ihr alles machen läßt und daß die Entwaffnung nur ein bescheidener Teil der Unterdrückung aller revolutionären Kräfte sein wird, der diese Bestimmungen in Wahrheit dienen sollen.

Zum Kampf bereit!

Gegen diese vorstehend gezeichnete, heimtückisch eingeleitete Verklavung muß sich die Arbeiterschaft mit rücksichtslosester Energie zur Wehr setzen! Sie darf sich dabei nicht auf die hoffnungslose Minderheit im Parlament verlassen. Nur wenn sie in gewaltigen Massenkundgebungen unzweideutig zeigen wird, daß sie sich einer solchen Diktatur unter keinen Umständen zu fügen gewillt ist, wird auch das Parlament vorsichtiger zu Werke gehen.

Aber die Kundgebungen müssen bald geschehen. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß man die Obstruktion unserer Genossen im Reichstag, die wir von ihm erwarten, mit Gewalt erdrosselt und schließlich das Ausnahmegesetz bald fix und fertig macht.

Es würde das nur der letzte Schritt in dieser planmäßigen Ueberrumpelungskomödie sein, die so trefflich gelungen ist, daß das Volk erst jetzt, am Ende der Komödie, die Vergewaltigung zu merken beginnt.

Um so energischer muß der Abwehrkampf noch in letzter Minute aufgenommen und durchgeführt werden. Gelingt es, durch die zu erwartende Obstruktion die wahnsinnig rasche Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, so muß eine

klare Parole für den Kampf

herausgegeben werden. Die Massen des sozialistischen Proletariats werden folgen und die geeigneten sozialen Kampfmittel in Anwendung bringen.

Schaffendes Volk, sei auf der Wacht!
Bereit sein ist alles!

Obstruktion!

Berlin, 3. August. (Eigene Meldung.) Im Reichstag soll heute die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes stattfinden. Die USP.-Fraktion wird sich der Annahme dieses Gesetzes mit allen Mitteln der Geschäftsordnung und Obstruktion widersetzen, weil es in allen Konsequenzen auf ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft hinausläuft.

Belagerungszustand über Zittau!

Angeblich eine Räteregierung eingesetzt!

In Zittau haben sich im Anschluß an die wahnsinnige Schießerei der Reichswehr auf Demonstranten gegen den Lebensmittelwucher weitere Kämpfe entwickelt, die zunächst zu einem entschlossenen und diszipliniert gegliederten Generalstreik führten. Die Arbeiterschaft legte die gesamten Betriebe und das ganze Wirtschaftsleben still, übernahm aber den Schutz des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Zu Störungen und Kämpfen ist es nicht mehr gekommen.

Was sich aber in der Organisation der öffentlichen Gewalt abgespielt hat, ist noch nicht klar ersichtlich. Hier ist man wieder auf die scheußliche bürgerliche Kapitalistenpresse angewiesen, die natürlich alles im arbeiterfeindlichen Sinne darstellt.

Zunächst kam die Meldung, die „Kommunisten" hätten die Räterepublik ausgerufen. Es hieß da: In einer Versammlung, die Montag vormittag abgehalten wurde, wurde die Einsetzung einer Räteregierung beschlossen. Es wurde eine Entschließung angenommen, daß die Regierung abzudanken habe. Eine neue Regierung soll unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien gebildet und die Diktatur des Proletariats errichtet werden. Wenn diese Forderungen nichts bis Montagabend 8 Uhr erfüllt würden, soll der verschärfte Generalstreik proklamiert und u. a. auch die Wasserzufuhr abgesperrt werden.

Diese Meldung, daß bis „abends 8 Uhr" „eine neue Regierung" in Sachsen gebildet sein solle — läßt darauf schließen, daß die ganzen Nachrichten entstellt oder falsch sind. Behauptet wird weiter, daß sich das Gewerkschaftskartell den „radikalen Elementen" nicht angeschlossen habe.

Alle Meldungen aber betonen ausdrücklich, daß die äußere Ruhe in Zittau vollkommen gewahrt wurde.

Nun greift die Dresdener Regierung ein. Man höre, wie sie das macht!

Dresden, 2. August. Ueber die Vorgänge in Zittau veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Unverantwortliche Kreise haben einen Teil der Bevölkerung zu Gesetzwidrigkeiten und Gewaltakten veranlaßt. Mitglieder der USPD. und Kommunisten haben sich unbefugterweise die Gewalt über die Behörden angemaßt und damit weitere schwere Ausschreitungen begangen. Der eigenmächtig gewählte Aktionsausschuß hat sich als Inhaber der höchsten Gewalt ausgerufen und damit den offenen Kampf gegen die verfassungsmäßigen Organe aufgenommen. Landfremde Elemente versuchen einen spartakistischen Putsch. Ihr Führer ist der steckbrieflich verfolgte Jordan aus dem Ruhrrevier, der auch im Oelsnitzer Revier namenloses Unglück über die Arbeiter gebracht hat. Unter dem Einflusse solcher Elemente hat eine terroristische Minderheit Gewalttaten begangen, indem man Amtspersonen abgesetzt und das Licht- und Kraftwerk stillgelegt hat. Man hat ferner angedroht, das Kraftwerk Hirschfelde lahmzulegen. Aus diesen Gründen war die Regierung nicht in der Lage, über die gestellten Forderungen in Verhandlungen einzutreten. Am Sonntag hat das Gesamtministerium beschlossen, alles Mögliche zu tun, um die staatlichen Werke zu schützen, Leben und Eigentum der Bewohner vor Angriffen zu bewahren und die gesetzmäßigen Behörden wieder einzusetzen. Zu diesem Zwecke sind der Leiter der Landessicherheitspolizei und der Militärbefehlshaber ersucht worden, das Nötige zu veranlassen. — Zum Schluß wird die Verhängung des Belagerungszustandes über die Gebiete Zittau und Löbau mitgeteilt"

Also Belagerungszustand!

Nun werden bald die Maschinengewehre der Soldaten rattern! Bisher hat sich alles ohne Blutvergießen vollzogen. Nur die Reichswehr hat am Freitag einige Lebensmitteldemonstranten niedergeknallt, was den Anlaß zu dem ganzen Reigen gab. Das Volk sieht hier wieder einmal, wer die Blutiaten begeht!

Bernsteins Rechenexempel.

Zur Rettung der „Partei der Kleinbürger".

Im Vorwärts sucht Eduard Bernstein nachzuweisen, daß die Rechtssozialisten nach wie vor die „Partei der Arbeiterklasse" sind, und nicht, wie die Humanité nach der Wahl vom 6. Juni schrieb, eine Partei von Kleinbürgern. Er untersucht die Wahlziffern in ihrer Bedeutung für verschiedene industrielle Kreise, um daraus Schlüsse zu ziehen, die höchst merkwürdig sind. Von Eduard Bernstein, der die USPD. mitbegründet hat und die Schwierigkeiten ihrer organisatorischen Entwicklung besser kennt als jeder andere, hätte man erwarten können, daß gerade er den ungeheuren Erfolg der USP. gegenüber dem alten Apparat der rechtssozialistischen Parteiorganisation gerechter würdigen würde. Aber es scheint, daß die Pharisäerluft, die in jener Parteikirche die Köpfe umnebelt, auch Bernsteins Gerechtigkeitsgefühl eingeschläfert hat.

Zuerst schildert er das Berliner Wahlergebnis, wobei er die hauptstädtischen Presseverhältnisse als Entschuldigungsgrund für den Mißerfolg der Rechtssozialisten anführt. Gerade die Presseverhältnisse sind aber ein Beweis dafür, wie von unseren Parteigenossen gearbeitet worden ist, denn das alte sozialistische Organ, der Vorwärts, befand sich bei Ausbruch der Revolution bereits seit zwei Jahren in rechtssozialistischen Händen, während unsere Partei jahrelang keine Zeitung besaß und sich ihr Unternehmen erst mühselig aufbauen mußte. Sodann beleuchtet Bernstein das Ergebnis in den drei Wahlkreisen, in denen die USP. die Rechtssozialisten fast vollkommen vernichtet hat, nämlich Leipzig, Halle und Düsseldorf. Für Leipzig führt er als Entschuldigung an, daß dort von jeher die Stammburg des radikalen Flügels gewesen sei und daß dort die Anhänger der „alten" Sozialdemokratie sich erst ziemlich spät ein eigenes Organ geschaffen hätten. Der Wahlkreis Halle-Merseburg aber habe sich erst im Kriege zu einem gewaltigen Industriegebiet entwickelt, in dem „das Element geistig wenig hochstehender ungelernter Arbeiter eine große Rolle spiele". Es ist unglaublich, daß Bernstein, der offenbar den Hallischen Bezirk gar nicht kennt, ein derartiges wegwerfendes Urteil über einen Bezirk fällt, der seit jeher in der sozialdemokratischen Bewegung eine so große Rolle gespielt hat wie der Hallesche. Nur um eine Entschuldigung für die völlige Ablehr der Arbeiterschaft dieses Bezirkes vom Sozialpatriotismus zu finden, verdächtigt ein Mann, der die USP. mitbegründet hat, die glänzend organisierte, politisch sehr aktive und geistig bewegliche Arbeiterschaft unseres Bezirkes, die in großen Aktionen ihren Kampfesmut und auch ihre revolutionäre Disziplin bewiesen hat.

Wo stehen nun nach Bernstein die hochintelligenten Arbeitermassen? Natürlich dort, wo die — Rechtssozialisten noch die Mehrheit haben! Triumphierend teilt er das Wahlergebnis von Magdeburg, Breslau, Hannover, Hessen, Chemnitz usw. mit und entdeckt wahrlich als Erster, daß die Rechtssozialisten sich über ihre dortigen Erfolge noch „freuen" können. Dabei widerspricht er sich selbst, was Eduard Bernstein übrigens in seiner langen revisionistischen Vergangenheit sehr oft passiert sein dürfte. Während er den schlechten Erfolg der Leipziger Rechtssozialisten auf den Einfluß der Leipziger Volkszeitung zurückführt, versucht er, den Eindruck zu erwecken, als ob in den genannten rechtssozialistischen Stammburgen die Verhältnisse genau die gleichen wären. Er teilt seinen Lesern nicht mit, daß unsere Partei in Breslau, Magdeburg, Hannover usw. erst nach der Revolution gegründet wurde, daß sie in diesen Ortschaften nur eine technisch völlig unzulängliche Presse besitzt, kurz und gut, daß sie gegenüber dem gewaltigen Parteiapparat, der in diesen Gegenden durchaus dem Sozialpatriotismus dient, sich erst mühselig durchsetzen muß. Wenn man unter diesem Gesichtswinkel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200803-17/fragment/page=0001

das Parteiverhältnis in den genannten Gegenden betrachtet, so kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis und muß sich darüber wundern, daß unsere Partei derartig bedeutende Stimmengahl erhalten konnte.

Bernstein erzählt zuletzt, um den Arbeitercharakter seiner Partei zu bekunden, daß von den 112 Mitgliedern der Reichstagsfraktion der SPD. mindestens 100 von Hause aus Arbeiter oder Kinder von Arbeitern, während bei den Unabhängigen von 88 Mitgliedern 12 bürgerlicher Herkunft seien. Mit solchen Märchen schafft man die Tatsache nicht aus der Welt, daß die 5 Millionen Wähler der USP. den Kern des klassenbewußten deutschen Proletariats darstellen, während in der rechtssozialistischen Partei die kleinbürgerlichen Elemente immer mehr und mehr die Politik der Organisation bestimmen.

Kämpfe bei den Rechtssozialisten.

„Auf demokratischem Wege ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen!"

Der rechtssozialistische Stadtrat Dr. Edvard Dietz in Karlsruhe hat sich wiederholt und heftig gegen eine Koalition seiner Partei mit dem Bürgertum ausgesprochen und sie sowohl im Reich wie in den Ländern als Gefährdung des grundsätzlichen Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft bezeichnet. Jetzt hat er im sozialdemokratischen Verein Karlsruhe beantragt, die Sozialdemokratie solle aus der badischen Koalitionsregierung ausscheiden, ihre agitatorische Kraft auf die Propaganda des Rätegedankens umstellen und entschieden für Sowjet-Rußland eintreten. Herr Schöpflin, M. d. R. und Redakteur des rechtssozialistischen Volkswille in Karlsruhe führt nunmehr eine erbitterte Fehde gegen den Zweifler an der Weisheit rechtssozialistischer politischer Erkenntnis und hat folgende Aufforderung an die Adresse des Vaters der badischen Verfassung gerichtet:

„Wer so auf den Grundsätzen der Partei herumtrampelt und die Demokratie als Schwindel bezeichnet, sollte zuerst mit sich ins reine kommen, wohin er eigentlich politisch gehört."

Nichtsdestoweniger hat der Protest des Dr. Dietz starken Anklang bei den Mitgliedern gefunden, die sogar folgenden Ausführungen ihres Genossen Dr. Kullmann über die merkwürdige Sorte von Demokratie zustimmten; deren Praktisierung sich die Partei der Herren Scheidemann und Ebert angelegen sein läßt:

„Die Ansicht ist falsch, daß durch Wahl, Gesetzgebung und Parlament der Sozialismus zu verwirklichen sei; das zeigen die Tatsachen der Vergangenheit. Lassalle hat erklärt, daß Verfassungen nur ein Stück Papier sind, wenn nicht die Massen hinter ihnen stehen. Die Verfassung ist eine verwässerte Festlegung dessen, was wir in der Revolution erreicht haben. Die ganze Frage des Rätesystems, das 1918 geschaffen wurde, hätte weiter gestaltet werden müssen. Scheidemann hat sich aber in der schwankendsten Weise mit dem Rätegedanken befaßt. . . . Auf dem demokratischen Wege ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen und sind die revolutionären Errungenschaften nicht zu halten; nur durch Gewalt von Zeit zu Zeit wird ein Fortschritt erzielt werden."

Man kann verstehen, daß den badischen Sozialpatrioten bei solchen Kundgebungen von Leuten, deren Einfluß sie nicht unterschätzen dürfen, angst und bange wird. Der Kampf, den sie durch ihre Schöpflin und Konsorten in ihrer Presse und in ihren Versammlungen führen, ist denn auch ein überaus scharfer und gehässiger. Sie hätten die Herren Dietz, Kullmann und Genossen längst emittiert, wenn deren Anschauungen nicht von einem großen Teile der badischen rechtssozialistischen Mitgliedschaft gebilligt würden.

Jedenfalls zeigen die Vorgänge bei den badischen Rechtsern, daß es selbst in den Hochburgen der Scheidemannen allmählich dämmert. Die Einigung des deutschen Proletariats bereitet sich vor; aber sie wird anders aussehen, als die Sozialpatrioten sie sich dachten!

Die Transportzüge.

Der Reichsverkehrsminister und die Eisenbahner.

Bei der großen Unruhe, die unter der Bevölkerung wegen der Gefahr von Truppen- und Munitionstransporten nach Polen herrscht, hielten es die Eisenbahner für ihre Pflicht, eine Kommission einzusetzen, welche die Verhinderung von solchen Transporten überwachen soll. Diese Kommission hat kürzlich mit dem Reichsverkehrsminister Gröner verhandelt, weil es ihr darauf ankam, einen Weg zu finden, um eine genaue Kontrolle der Transporte herbeizuführen, ohne durch planloses Anhalten der Züge den Transport von Lebensmitteln und Gütern unnötig zu erschweren. Herr Gröner teilte mit, man sei vertraglich verpflichtet, die sogenannten Ententezüge, die zur Ablösung der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet dienten und mit denen auch Munition und Heeresgerät transportiert werden, durchzulassen. Sodann handelt es sich um die sogenannten Polonia-Züge, die zum Transport von Lebensmitteln dienen und von denen bereits die Hälfte gefahren worden sind. Gröner gab selbst zu, daß in geschlossenen Wagen dieser Lebensmittelzüge Munition gefunden worden sei, so auch in dem in Marburg angehaltenen Transportzuge, der dann nach Koblenz zurückbefördert worden sei. Gröner glaubt, nicht berechtigt zu sein, irgendwelche Truppen- und Munitionstransporte hindern zu können. Er hält das Eisenbahnpersonal nicht für geeignet, eine Kontrolle auszuüben und weigert sich, der Kommission irgendwelche Vollmacht einzuräumen. Der einzige Auftrag, den er ihr mitgab, war der, daß die Kommission zur Beruhigung der Eisenbahner beitragen möge.

Die deutschen Eisenbahner werden die Verhöhnung spüren, die in diesen Worten des Reichsverkehrsministers liegt und sie werden, im Bewußtsein ihrer Pflicht sofort die geeigneten Maßnahmen treffen und unbeachtet aller Vereinbarungen der gegen Sowjet-Rußland verschworenen Imperialisten es nicht zulassen, daß Truppen, Munition und Heeresgeräte denen zugeführt werden, die durch ihre konterrevolutionären Angriffe Sowjet-Rußland hindern, sich ganz der aufbauenden Arbeit zuzuwenden. Pflicht der deutschen Arbeiter ist es, auf der Hut zu sein, daß sie nicht als Werkzeuge in diesem Kampfe gegen Sowjet-Rußland benutzt werden, sondern daß sie im Gegenteil alle Kräfte daransetzen, alle Pläne zunichte zu machen, die auch in Deutschland zur Vernichtung Sowjet-Rußlands gesponnen werden. Es gilt nicht mehr zu verhandeln, sondern zu handeln.

Ein Franzosentransport in Erfurt gestellt!

Berlin, 2. August. In Erfurt wurde am Sonnabend ein aus Köln kommender Transportzug mit einer Kompagnie französischer Soldaten und einem plombierten Wagen mit zwei englischen Militärpersonen als Bedeckung vom Ueberwachungsausschuß der Erfurter Eisenbahn angehalten. Den Franzosen wurde mitgeteilt, daß keine Militärtransporte nach Polen befördert würden. Der französische Kompagnieführer versuchte daraufhin, die Weiterfahrt gewaltsam zu erzwingen. Er ließ den Zugführer und Heizer festnehmen und die Kompagnie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen schußfertig gemacht wurden. Einige unerschrockene Eisenbahner erklärten dem französischen Offizier energisch, er möge die Waffen schleunigst in den Wagen zurückbringen lassen, sonst würde kein Mann des Transports Deutschland lebend verlassen. Darauf stellten die Franzosen die Waffen zusammen. Der französische Offizier zeigte die für seinen Transport ausgestellten Eisenbahnfahrscheine vor, wonach es sich um eine Abteilung von 160 französischen Urlaubern handele, die sich angeblich auf der Rückfahrt zu ihren Truppenteilen in Oberschlesien befinden. Schließlich wurde dem Transportzug die Weiterfahrt gestattet. Die von den englischen und französischen Behörden unterzeichneten Transportausweise tragen weder den Stempel einer deutschen Grenz- noch Zollstation, deshalb wollen die Eisenbahner-Gewerkschaften jetzt beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung von Transporten herbeizuführen.

Eisenbahner, verweigert die Truppentransporte!

Aus Dresden wird berichtet: Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahner Sachsens und der Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes veröffentlichen einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, worin sie mitteilen, daß die sächsischen Eisenbahner beschlossen, alle Truppentransporte, sowie Beförderung von Munition und sonstigem Heeresgerät unter allen Umständen abzulehnen, da eingehende Untersuchungen ergeben haben, daß die angeballenen Transporte tschechischer Kriegsgefangener im Dienste einer kriegführenden Macht Verwendung finden sollen.

Bergarbeiterstreik gegen Krieg!

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Genf, 2. August. Der Internationale Bergarbeiterkongreß wurde heute durch den Präsidenten Emillie (England) eröffnet. Emillie hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß das Ziel der Bergarbeiterinternationale die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus sein müsse. Schon auf dem Karlsbader Kongreß 1913 habe er behauptet, daß die dauernden internationalen Reibungen einen Weltkrieg unvermeidlich machten, und die Bergarbeiter aufgefordert, im Fall eines Kriegs den Generalstreik zu proklamieren. Der Internationale Bergarbeiterkongreß müsse sich heute nicht nur gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen für die organisierte Arbeiterschaft ins Auge fassen. Er solle sich grundsätzlich für den internationalen Streik im Fall eines Krieges aussprechen. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden, denn ohne Kohlen könne ein Krieg nicht durchgeführt werden. Hue (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärt, daß er dem Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen zustimme. Präsident Emillie schlägt vor, diese Angelegenheit dem internationalen Komitee zu überweisen, das dem Kongreß noch vor Schluß des Kongresses Bericht erstatten soll. Am Dienstag Fortsetzung der Verhandlungen.

Das „Ultimatum" der Eisenbahnbeamten.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes macht in der Presse bekannt, daß der Verband, der 550 000 Mitglieder umfaßt, mit dem Ultimatum der Beamten nichts zu tun hat. Daher beauftragte er in seiner Vorstandssitzung am Sonnabend den Abg. Koburr, das Parlament in diesem Sinne zu unterrichten. Es stellt sich jetzt heraus, daß der Vorstand der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter das „Ultimatum" für notwendig gehalten hat. Diese Gewerkschaft erklärt nun neuerdings, daß es sich bei dem Ultimatum nur um Richtlinien für eine Verständigung unter den Großorganisationen handle, die durch irgend einen Zufall zur Kenntnis des Reichsfinanzministers gekommen seien.

Der Hauptausschuß behandelte nachmittags den Bericht des Unterausschusses über die Einstufung der Beamten und die Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes. Der Antrag des Unterausschusses wurde in folgender Fassung angenommen: „Der Reichstag ist damit einverstanden, daß aus dem Abschluß des Reichslohntarifs für die Verkehrsarbeiter notwendig werdende Mittel sowie die daraus sich ergebenden Auszahlungszulagen für die Beamten ausgezahlt werden. Der Reichstag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Nachprüfung des Reichsbesoldungsgesetzes die Forderungen aus den Landesbesoldungsordnungen und den im Reiche besonders vorgenommenen Einstufungen anzuerkennen werden, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist und die sich ergebenden Vorschläge geprüft werden."

Hierauf ließ die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter durch den Zentrumsabgeordneten Dr. Höfle erklären, daß für sie das Ultimatum jede Bedeutung verloren habe und sie von dem Ultimatum zurückträten. Der Finanzminister erklärte hierauf, daß für ihn nunmehr die Angelegenheit erledigt sei. Damit ist der Konflikt mit den Eisenbahnern beigelegt.

Dauer- und Massenstreik in Königsberg.

Königsberg, 3. August. (Eigene Meldung.) Der große Streik in Königsberg dehnt sich immer weiter aus. Es sind bisher 25 000 Arbeiter an ihm beteiligt. Weil er bereits vier Wochen dauert, ist nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben in Königsberg, sondern auch in der ganzen Provinz Ostpreußen in Mitleidenschaft gezogen. Die Verantwortung dafür trägt die Unternehmerschaft, die jede Verhandlung ablehnt. Als erste große Folge des Streiks mußte die Ostmesse, die am 15. August in Königsberg eröffnet werden sollte, bis zum 15. Sept. aufgeschoben werden.

Schiebungen nach Polen!

Das badische Landespreisamt in Karlsruhe hat eine Anzahl größerer Schiebereien aufgedeckt. Die Schieber kauften größere Mengen Heeresgut auf und verschoben es dann zu Wucherpreisen. Wie aus der beschlagnahmten Korrespondenz hervorgeht, sind insbesondere umfangreiche Sendungen von Militärgebäuden und -gegenständen durch die besetzten Gebiete im Osten nach Polen geliefert worden. Eine Untersuchung der Schiebungen, in deren Verlauf bisher zehn Schuldige inhaftiert wurden, ist im Gange.

Noch kein Waffenstillstand.

Vordringen der Russen auf Warschau!

Berlin, 3. August. Der Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen ist bisher noch nicht abgeschlossen worden. Die Polen stellen gewisse Forderungen der Russen nicht ohne neue Zustimmungen ihrer Regierung unterschrieben haben. Inzwischen dringen die Russen immer weiter in das innere Polen vor. Sie haben sich Warschau bereits so genähert, daß die englischen, amerikanischen und französischen Gesandtschaften in Warschau ihre Staatsangehörigen aufforderten, die Stadt auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Seit Sonntag herrscht in Warschau Panikstimmung.

Die bolschewistische Armee steht jetzt auch an der österreichischen Grenze. Die Neutralität hat sie bisher streng geachtet. Die Narew-Linie ist von der russischen Roten Armee durchbrochen worden. Brest-Litowsk befindet sich in ihren Händen. Bei Brody beginnen die Russen in ihr Kampffühlung mit den Polen.

Revolution in Estland.

Aus Reval meldet man: Die schwierige Lage Estlands hat zu Reval zu offenem Aufruhr geführt. Auf ein Gerücht hin, daß eine Reihe von Todesurteilen an politischen Gefangenen vollstreckt worden sei, stürmte die Menge das Landschaftsgebäude. Die Streikbewegung in der Stadt ist im Wachsen begriffen. Die Zeitungen haben mit Ausnahme der kommunistischen und unabhängigen Blätter ihr Erscheinen eingestellt. Die organisierte Arbeiterschaft fordert die Räterepublik und den Anschluß an Moskau.

Für die Verbilligung des Schuhwerks.

Die Schuhpreise sind trotz der Preisherabsetzungen in letzter Zeit immer noch so gewaltig, daß die breiten Massen der Bevölkerung sie einfach nicht bezahlen können. Unsere Vertreter im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages haben nunmehr einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem ein Teil der Gewinne der Kriegsgesellschaften in der Leder- und Schuhwarenindustrie für die Senkung der Schuhpreise in Anbruch genommen werden soll. Der Entwurf bestimmt in seinen ersten zwei entscheidenden Paragraphen folgendes:

§ 1.

Der Sicherheitsfonds der Deutschen Lederaktiengesellschaft,
der Liquidationsfonds des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie,
der Liquidationsfonds des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels,
der Liquidationsfonds der Sattlerledergesellschaft m. b. H.

sind mit Wirkung vom 1. Juli 1920 an zugunsten des Reiches zum Zwecke der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem, neuem lebernen Straßenschuhwerk beschlagnahmt, werden Eigentum des Reichs und sind an die Reichskasse abzuführen.

§ 2.

Die gesetzlichen Vertreter der in § 1 genannten Organisationen sind für die Abführung der Beträge persönlich haftbar.

Insgesamt handelt es sich um eine Summe von etwa 35 Millionen Mark, die der Reichskasse durch dieses Gesetz zugeführt werden sollen.

Politische Amnestie!

Aber nicht für „Rädelsführer".

Reichstagsbericht.

16. Sitzung. Montag, den 2. August.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der am 1. Mai b. J. im Haag unterzeichnete Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredit und Steinkohlenlieferungen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Debatte wird auch eine Aenderung zum Postgebührengesetz angenommen, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Ausschußbericht für das Entwaffnungsgesetz liegt noch nicht vor. Präsident Löbe schlägt daher vor, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes erst in späterer Stunde vorzunehmen.

Abg. Ledebour (USz.) beantragt, den Gesetzentwurf aus diesen Gründe überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen.

Da das Haus sehr schwach besetzt ist, soll die Abstimmung über diesen Antrag erst später erfolgen.

Für eine Amnestie.

Es folgt die Beratung mehrerer Anträge, die eine Amnestie fordern.

Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) ersucht die Regierung, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend dem Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 gewährleistet wird. Der Abg. Ledebour (USz.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingebracht, wonach für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, Amnestie gewährt wird. Ein Antrag Becker-Arnsberg (Ztr.), Dr. Becker-Hessen (D. Vp.), Schiffer (Dem.), Leicht (Bayer. Vp.) enthält ebenfalls einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Danach wird für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straffreiheit gewährt. Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Abg. Rabruch (Soz.):

Die Vorlage soll eine Entspannung der Lage herbeiführen. Wenn die Kappisten Straffreiheit erhalten, so müssen die Revolutionäre von 1919 der Straffreiheit ebenfalls teilhaftig werden, desgleichen die Teilnehmer an den Münchener Unruhen und den Berliner Januar- und Märzunruhen. Bayern will offenbar die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen ausnehmen; aber wir müssen der Verfassung gemäß die Amnestie zur Reichssache machen. Wir beantragen in dem Entwurf der Mehrheitsparteien die Streichung der Worte „gegen das Reich", damit auch Hochverräter in die Amnestie fallen, die sich gegen einen Bundesstaat richteten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie nicht auf das Disziplinarverfahren beziehen. Bei den Vorbesprechungen über den Antrag war man sich darüber einig, daß der Ausdruck „Zusammenhang" mit den hochverräterischen Handlungen im allerweitesten Sinne verstanden werden sollte. Nach dem 4. Absatz des Antrages sind von der Straffreiheit gewisse einzeln aufgezählte Handlungen ausgenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollkommen willkürlich herausgenommen. Münchener Geiselmörder, Marburger Studenten und Hölzsche Brandstifter wollen auch wir nicht straffrei ausgehen lassen. Amnestien bedeuten für gewöhnlich einen Markstein für eine Revolution. Sie sollen eine neue Gesinnung vorbereiten, so ist es aber bei dieser Amnestie nicht. Nicht als Parteimann, sondern als akademischer Lehrer warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Gerade Sie, die immer betonen, daß unser Volk ohne geistige Führung ist, haben alles dazu getan, unsere akademische Jugend dem Volk zu entfremden. (Lärm rechts. Rufe: Schäner Professor! Sie sind der größte Hetzer!) Nichts ist häßlicher als Haß. Befreien Sie die Jugend aus dem Zustand einer bloßen Vorläufigkeit, indem sie sich befinden. (Erneuter Lärm rechts.) Nur wenn Sie auf diese Weise die seelischen Voraussetzungen schaffen, die dieser Amnestie von vornherein hätten zugrunde liegen sollen, wird eine politische Entspannung eintreten, zum Segen und zur Erleichterung für unser schwergeprüftes Volk. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (Unabh. Soz.):

Wir haben einen Antrag auf ein allgemeines Amnestiegesetz eingebracht und damit Millionen von Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Die Gefängnisse, Zuchthäuser und Festungen sind überfüllter als in den schlimmsten Zeiten der 48er Revolution und der Sozialistenverfolgungen. Man muß den Arbeitern sagen, daß ihre Revolution verpfuscht worden ist und daß sie andere Methoden und andere Führer annehmen müssen, um diese Revolution nach ihrem Wunsch zu gestalten. (Sehr richtig! b. d. USz.) Diese Revolution stand unter dem entscheidenden Einfluß der Rechtssozialisten, unter deren Herrschaft, ganz besonders unter dem glorreichen Regiment Noske, sich

die Gefängnisse mit Proletariern füllten.

Das vorliegende Amnestiegesetz ist nur gemacht wegen der Ueberfüllung der Gefängnisse, um den Kappverbrechern zu Hilfe zu kommen. Von diesen ist

noch kein einziger angeklagt

und kein einziger verurteilt. Im ganzen schweben gegen sie überhaupt nur zirka 700 Verfahren beim Oberreichsanwalt. Dagegen sind allein im Ruhrgebiet gegen die Verteidiger der Republik 4686 Anklagen erhoben, von denen durch die außerordentlichen Kriegsgerichte

bereits 969 abgeurteilt wurden.

(Hört, hört! b. d. USz.) Die Urheber des Kapp-Putsches hat man ja nicht und will man nicht haben. (Sehr richtig! b. d. USz.) Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß mindestens 15 000 Anklagen aus Anlaß des Kapp-Putsches gegen die Verteidiger der Republik erhoben wurden und demgegenüber nicht eine einzige Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Putschisten! (Hört, hört!) Wir denken bei unserem Amnestieantrag nicht nur an die Kapp-Putschisten, sondern vor allem auch an die Vorkämpfer der sozialen Revolution, an die edlen und reinen Kämpfer der Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Systems Noske. (Lebhafter Beifall b. d. USz.)

Abg. Burlage (Ztr.): Was uns not tut, ist Stärkung der Autorität des Staates. Ein begrenztes Begnadigungsgesetz wird sich angesichts der gegenwärtigen Lage kaum vermeiden lassen. Die Herren Unabhängigen möchten doch einmal bedenken, in welcher Weise sie die letzten Jahre gehetzt haben, bevor sie sich über die überfüllten Gefängnisse beschweren. (Anhaltender großer Lärm b. d. USz.)

Abg. Dr. Düringer (Dn.): Gegen eine allgemeine Amnestie haben wir Bedenken. Wir halten es für notwendig, auf die Justiz eines Landes, wie Bayern, Rücksicht zu nehmen. Aber es müssen auch die Rädelsführer, besonders die Führer des Kapp-Putsches unter die Amnestie fallen, weil es ihnen versprochen worden ist. (Hört, hört! b. d. Soz. — Sehr richtig! rechts.) Das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 03-17/fragment/page=0002

einfache natürliche Rechtsgefühl macht es mir und meinen Freunden unmöglich, für ein Gesetz zu stimmen, das diesem Versprechen widerspricht. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Die Regierung hat das größte Interesse an dem sofortigen Zustandekommen dieses Gesetzes. Meine anfänglichen schweren Bedenken gegen eine weitgehende Amnestie habe ich überwunden, ganz besonders angesichts der ungeheuren Erregung, die im Ruhrgebiet durch die Prozesse erzeugt worden ist. Bayern hat die bestimmtesten Widerstände gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und will sich unter keinen Umständen vom Reich eine allgemeine Amnestie aufoktruieren lassen. Wir erkennen Bayern das Recht auf seine Justizhoheit an. Wir dürfen Bayern nicht vergewaltigen. (Zuruf der Unabhängigen: Aber Bayern darf das Reich vergewaltigen!) — Gemeine Verbrecher müssen unter allen Umständen von der Amnestie ausgenommen werden, ebenso die Rädelsführer. Wir glauben, daß die scharfe Fassung des Antrages der Mehrheitsparteien zur Beruhigung beitragen wird. (Beifall.)

Abg. Kahl (D. Vp.): Der Gesetzentwurf ist ein Kompromiß zwischen dem Rechtsgedanken und den politischen Notwendigkeiten. Vom Standpunkt des Rechts müssen wir sagen: unannehmbar, doch der politischen Notwendigkeiten halber stimmen wir zu. Ihrem (zu den USP.) Vorhaben, die Revolution weitergutreiben bis zur Diktatur des Proletariats, setzen wir unsere Arbeit entgegen, die Jugend in Ehrfurcht und Liebe vor der Größe unserer Geschichte zu erziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (Dem.): Die Tatsache, daß die Urheber des Kapp-Putsches sich durch die Flucht der Verantwortung entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Sehr richtig!) Bei den Besprechungen mit Vertretern Kapps habe ich die Versuche, Bedingungen zu stellen, abgelehnt. Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich persönlich allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unverzügliche bedingungslose Kapitulation verweigert wurde, sofort wieder zurückgezogen.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.): Amnestien dürfen nicht zur Untergrabung der Autorität der Gerichte führen.

Präsident Löbe: Die Erörterung spinnt sich sehr weit aus. Es wäre bedauerlich, wenn wir infolgedessen solange zusammenbleiben müßten, daß schließlich an einer etwaigen Beschlußunfähigkeit des Hauses unsere schönsten Hoffnungen zugrunde gehen.

Abg. Dr. Stresemann (DVpt.): Ich stimme für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Kapp-Tage teilgenommen habe und damit die Zusage des Eintritts für eine allgemeine Amnestie gegeben habe.

Abg. Ludwig (USG.): Die Abwehraktion gegen die Kapp-Leute war doch ein Langfränschen. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben?

Justizminister Heinze: Die Führer und Urheber von Abwehrunternehmungen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. Hergt (Dn.): Wir waren bei den Verhandlungen darüber einig, daß eine allgemeine Amnestie der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Daraufhin hat Lüttwitz sich bereit erklärt, die ganze militärische Aktion einzustellen. Unterstaatssekretär Joel hat ein entsprechendes Protokoll gegengezeichnet, wonach Herr Schiffer als Minister für die allgemeine Amnestie eintreten werde. Am nächsten Tage freilich hat Herr Schiffer seine Zusage zurückgezogen. (Hört, hört!)

Abg. Frau Zetkin (Komm.): Die verkappten Kappisten sind jetzt in der Macht; sie wollen nur deshalb keine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Kerker schmachtenden begeisternden Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Regierung Bauer stand auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen über eine allgemeine Amnestie gar nicht in Frage kommen könnten.

In der zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen, ebenso in dritter Lesung und gegen die Stimmen der Deutschnationalen in der Gesamtabstimmung.

Wie sieht die Amnestie aus?

Nach dem grundlegenden Paragraphen der angenommenen Vorlage wird Straffreiheit gewährt für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, ferner Personen, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind. Straffrei sind auch Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzungen, schwerer Raub und Brandstiftung.

Es folgen kleinere Sachen und dann die Weiterberatung des Notetats.

Der Reichsschatzminister erklärte: Wir haben jetzt 238 Milliarden Mark Schulden im Reiche, wozu noch 39 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Am Dienstag soll das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung verabschiedet werden.

Stadtverordnetenversammlung.

Polizeiverwaltung und Kirchenetat — Die Mißstände in den Kliniken — Rücktrittsgesuch des Stadtrat Tempelmann.

Die Beratung des Haushaltsplanes ging in der gestrigen Sitzung mit ermüdender Eintönigkeit weiter; nur bei wenigen Kapiteln kam es zu Auseinandersetzungen. Unsere Fraktion lehnte wiederum den Polizeietat ab, obwohl Herr Geheimrat Finger ein herrliches Kolleg über die Bedeutung des Polizisten als Anstandsmannau gelesen hatte. Herr Finger liebt es von Zeit zu Zeit, den anderen Stadtverordneten zu beweisen, wie turmhoch er über ihnen stehe; er versteig sich zu der Behauptung, daß die Polizei den lebenden Knigge darstelle. Wir müssen gestehen, daß wir uns den Umgang mit Menschen etwas anders vorstellen, als ihn die Herren Lein, Heimbürger und andere willige Werkzeuge der Reaktion für gut zu halten pflegen. Die Gründe für die Ablehnung des Polizeietats, die in einer Erklärung unserer Fraktion niedergelegt wurden, sind gerade in diesem Jahre reichhaltig genug; aber die Sozialpatrioten, über deren Grundsatzlosigkeit sich man natürlich nicht mehr wundern darf, verhalfen ihm zur Annahme. Die Ablehnung wäre durchaus keine leere Demonstration gewesen, sondern hätte energisch den Wunsch der Hallischen Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht, Einfluß auf die Polizei zu erlangen, deren Kosten von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen.

Einen kleinen Erfolg errangen unsere Genossen bei der Abstimmung über den Etat für das Kirchenwesen, der mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt wurde. Dieser Etat paßt nicht mehr in die heutige Zeit, welche die Religion zur Privatsache des einzelnen und der Religionsgemeinschaften erklärt.

Interessant war die Ausführung, die beim Etat für Armenwesen Gen. Hildebrandt über die Mißstände in den Kliniken machte, in denen die Verpflegung der Kranken eine hundsmiserable zu sein scheint. Die Ernährungsfrage spielte gestern überhaupt eine Rolle, denn sie wurde noch in ganz später Stunde durch eine Anfrage unserer Genossen zum Gegenstand einer Besprechung gemacht. Auch bei diesem Punkte wurden — wie übrigens schon bei Gewährung der Mittel für August — die Verdienste des Arbeiterrates gerade vom Magistrat durchaus anerkannt. Die Regierung, die in ihrem Haß gegen die Revolution, der sie fast das Leben verdankt, sämtliche Arbeiterräte abwürgt, ist reaktionärer als die Stadtverwaltung; mehrere Male wurde von Magistratsvertretern betont, daß sie die weitere Mitarbeit der jetzigen Vertreter des Arbeiterrates bei der Bekämpfung des Wuchers sehr begrüßen würde.

Die Mitteilung des Vorstehers, daß Stadtrat Tepelmann zum 1. Oktober aus den städtischen Diensten ausscheidet, hat eingeweihte Kreise nicht überrascht. Der Magistrat befindet sich in einem Umbildungsprozeß; Oberbürgermeister Rive verschwindet, Stadtrat Wurm ist nach Wittenberg gegangen und Stadtrat Tepelmann will in staatliche Dienste treten.

*

Sitzungsbericht.

Ein Antrag aller Fraktionen wird außerhalb der Tagesordnung angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Wenn Ausschußmitglieder an der Teilnahme an einer Ausschußsitzung behindert sind, können sie einen Stellvertreter senden, der seine Stellvertretung für die betreffende Ausschußsitzung durch Ausfüllung eines Formulars dem Ausschuß-Vorsitzenden schriftlich zu melden hat. Zwecks Feststellung zur Anweisung der Sitzungsgelder hat der Ausschuß-Vorsitzende die Sitzungstilnahme des Stellvertreters zu bestätigen.

Die Besoldungsordnung für die besoldeten Magistratsmitglieder wird nach den Beschlüssen der letzten Sitzung vorgelegt und ordnungsgemäß erledigt.

Der Antrag der Handels- und Bureauangestellten auf Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf weibliche kaufmännische Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre wird auf Empfehlung des Schulausschusses angenommen. Zum 1. April des nächsten Jahres soll die Erweiterung in Kraft treten. Allerdings weist der Magistratsvertreter auf die räumlichen Schwierigkeiten hin, die sich ergeben. — Für die Beschaffung von Gasrohren werden 45 000 Mk. bewilligt. — Bei der

Weiterberatung des Etats

wird zuerst der Haushaltsplan der Straßenbahn besprochen. Wir haben die Endziffern bereits beim Bericht des Haushaltsausschusses veröffentlicht. Stadtv. Hildebrandt trägt Beschwerden darüber vor, daß die Linie 9 nicht weiter durchgeführt wird als bis zum Gemeindeamt Schönnewitz. Er beantragt, daß die Linie 9 wieder bis zum Endpunkt der Linie durchgeführt wird. Bürgermeister Seydel bezeichnet die Einschränkung als eine jener notwendigen Ersparnisse, die das Defizit herabsetzen sollen. Stadtv. Müller fragt an, ob nicht die Durchführung der Linie 4 bis zum Rosengarten möglich ist. Stadtv. Hildebrandt tritt der Anschauung entgegen, daß die Endstrecke der Linie 9 nur wenig Verkehr gehabt habe. Stadtv. Herold fordert eine Verbindung nach dem Gertraudenfriedhof. Der Antrag Hildebrandt wird angenommen.

Der Haushaltsplan des Stadtmagazins ist eine Neuerscheinung im Etat. Stadtv. Illgenstein äußert sich zu diesem Plan und stellt den Antrag, eine Deputation zur Verwaltung des Magazins einzusetzen. Der Antrag wird angenommen. Der Etat der Friedhofsverwaltung wird debatteios angenommen, ebenso der Etat des Leihamtes.

Sodann werden die Hauptkapitel des Etats besprochen. Der Plan der sogenannten gewinnbringenden Unternehmungen zeigt eine Einnahme von 9 500 509 Mk. aus den verschiedenen städtischen Unternehmungen, aber auch 3 144 725 Mk. Ausgaben. Die bedeutenden Ausgaben der Allgemeinen Verwaltung werden debatteios genehmigt.

Im Anschluß hieran berichtet Stadtv. Brinkmann über

die Auflösung des Arbeiterrates.

Es wird beantragt, die Mittel für den Arbeiterrat noch bis Ende August weiterzugewähren. Stadtv. Günther: Es kann noch keine Rede davon sein, daß die Aufgaben des Arbeiterrates erledigt seien. Ueber das, was geleistet wurde, wird der Bericht des Arbeiterrates, der kürzlich erschien, Aufklärung geschaffen haben. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist manches geleistet worden, besonders bei der Bekämpfung des Wuchers. Auch in der Frage der Wohnungsnot hatte die Bevölkerung eine Beschwerdestelle, der sie Vertrauen entgegenbrachte. Auch die Tätigkeit bei den Feststellungskommissionen muß nun eingestellt werden. Wir weichen nur der Gewalt, die man gegen uns anwendet. — Stadtv. Kürbs: Gerade jetzt, wo die Zwangswirtschaft abgebaut wird, wäre die Fortführung der Tätigkeit des Arbeiterrates dringend nötig. Wenn keine Kontrolle da ist, wird dem Wucher Tür und Tor geöffnet. Wir haben dem Konsumtenenpublikum manches erspart, z. B. bei der Festsetzung der Fettpreise. — Der Magistratsantrag wird angenommen.

Den Etat der

Polizeiverwaltung

begründet Stadtv. Finger. Die beabsichtigte Ablehnung des Etats beruht nur darauf, daß man noch nicht klar die Funktionen der Polizei erkennt. Die Polizei ist ein Knigge für die Gesellschaft! Man sollte jedem Polizeibeamten ein Schild auf die Brust heften mit den Worten: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. (!)

Stadtv. Geelhaar (USP.) begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Er verweist auf die zweideutige Stellung der Polizei in den Märztagen. Heute wird die Wiedereinsetzung der politischen Polizei, die damals beseitigt wurde, befohlen. Redner gibt im Auftrag seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

Laut allgemeiner Auffassung hat Halle eine städtische Polizei. Das ist nur eine halbe Wahrheit und daher eine vollendete Täuschung. Richtig ist nur, daß die Stadt gezwungen ist, die formale Verwaltung der Polizeiorganisation in Gang zu halten und vor allem die Polizei zu bezahlen! Den Charakter der Polizei und die Bewendung der Polizeigewalt bestimmt aber nicht die gewählte Stadtvertretung, die Stadtverordnetenversammlung, ja, nicht einmal der Magistrat. Die Polizeigewalt untersteht und gehorcht lediglich dem Oberbürgermeister, der als Polizeichef Staatsbeamter ist und noch jedesmal unter Berufung auf seine staatlichen Machtbefugnisse die Rechenschaftslegung über die Anwendung der Polizeigewalt der Stadtverordnetenversammlung verweigerte. Zur Zeit des Kapp-Putsches war die hallische Polizeimacht sogar der Militärgewalt unterstellt, die sie zur Ausführung von Verbrechen benutzte — zum Beispiel Verhaftung von Abgeordneten usw. Ueberdies soll jetzt auf Befehl der Staatsgewalt wieder eine politische Abteilung bei der von der Stadt bezahlten Polizei eingerichtet und mit städtischen Mitteln betrieben werden. Das alles bedeutet eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Städte.

Eine pflichtbewußte Stadtvertretung müßte für eine solche, jeder städtischen Einflußnahme entzogenen Polizei so lange jede Mittelbewilligung verweigern, bis die Polizeigewalt in die völlige und unbeschränkte Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Stadt übergegangen ist.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten lehnt jede Mittelbewilligung für diese Polizei und damit den Polizeietat ab.

Stadtv. Osterburg: Die Polizei ist ein Machtinstrument der herrschenden Klassen. Solange der Klassenstaat besteht, sind wir als Sozialdemokraten verpflichtet, die Mittel für die Polizei zu verweigern. Bürgermeister Seydel erklärt, daß die jetzigen Gesetze die Stellung der Polizei bestimmen. Vorsteher Hennig weist auf die Folgen einer Ablehnung hin. Dadurch würde die Frage der Verantwortung der Polizei ins Rollen gebracht.

Der Polizeietat wird mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Rechtssozialisten stimmten dafür! — Debattelos wird der Plan der Staats- und Provinzialangelegenheiten angenommen.

Der Etat des Kirchenwesens

wird von der Fraktion der USP. nach einer Erklärung des Stadtv. Rickwardt abgelehnt. Stadtv. Finger gibt zu, daß die Verfassung den Grundsatz aufstellt, daß die Religionsgesellschaften ihre Kosten selbst zu tragen haben. Aber dieser Artikel sei noch nicht in Kraft getreten. — Bei der Abstimmung wird der Etat mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt. — Das Kapitel Museum und der Etat des Zoologischen Gartens werden ohne Debatte bewilligt.

Beim Etat für Armen- und Fürsorgewesen kritisiert Stadtv. Hildebrandt das Benehmen mancher Armenpfleger gegenüber den Frauen der bei den Kämpfen im März Gefallenen und Verwundeten. Es ist nicht Aufgabe der betreffenden Organe, Vorhaltungen über die Beteiligung an den Kämpfen zu machen. Auch in kirchlicher Beziehung versucht man einzuwirken, was unstatthaft ist. Im Hospital in der Glauchaer Straße werden kirchliche Veranstaltungen getroffen. Im Etat sind 70 000 Mk. für die Universitätsklinik enthalten, aus der uns

Notschreie über die Ernährung

zugegangen sind. Die Leitung der USP. hat deshalb eine Petition an den Minister Haenisch geschickt. Kein Patient kann ohne Hilfe von außen satt werden. So wird zum zweiten Frühstück oft ganz unzureichende Nahrung verabreicht. Das Mittagessen besteht sehr oft aus Dörrgemüse, das dann meistens in den Trankeimer wandert. Butter gibt es sehr selten, aber wenn es welche gab, so war sie immer ungenießbar. Für aus dem Felde zurückgekehrte Kranke liefert die Militärverwaltung Lebensmittel, die aber in der Klinik diesen Kranken nicht gegeben werden. Das Pflegepersonal wird noch schlechter als die Kranken beköstigt. Stadtv. Hildebrandt stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit der Verwaltung der Universitätsklinik in Verhandlung zu treten, damit die Verpflegung eine zufriedenstellende für die der Anstalt von der Stadt überwiesenen Kranken werde.

Stadtrat Tepelmann meint, es wäre taktisch klüger gewesen, wenn das Material ihm übergeben worden wäre. Das geschilderte Verhalten einzelner in der Armenverwaltung tätiger Organe gegenüber den Opfern der Märztage würde, wenn es zutrifft, vom Magistrat durchaus verurteilt werden. — Stadtv. Hildebrandt erkennt an, daß Stadtrat Tepelmann bemüht war, Beschwerden abzustellen. Aber trotzdem sind sich manche Armenpfleger immer noch nicht ihrer Aufgabe bewußt. — Der Etat wird angenommen, ebenso der Antrag Hildebrandt.

Ueber den Etat des Jugendamtes berichtet Frau Stadtv. Krüger. — Stadtv. Günther stellt den Antrag, den Betrag von 10 000 Mk. für Jugendpflegevereine auf 30 000 Mk. zu erhöhen. — Stadtrat Velthusen wendet sich nur aus finanziellen Gründen gegen den Antrag, der aber angenommen wird. — Die Pläne des Feuerlöschwesens — dieser mit einer Nachbewilligung — der Hochbauverwaltung, der Tiefbauverwaltung, der Stadtentwässerung, des Straßenreinigungswesens (mit Sondervorlage), der Straßenbeleuchtung werden debattelos genehmigt. Beim Etat des Stadttheaters rügt Stadtv. Wilke, daß die Magistratsloge immer unbenutzt ist. Er beantragt, daß die Loge allen Magistratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werde. Dieser Antrag wird dem Theaterausschuß überwiesen.

Beim Etat der Gartenverwaltung fragt Stadtv. Mendorf an, warum die Kommunikationswege noch immer nicht mit Obstbäumen bepflanzt werden, wie es bereits verlangt worden ist. — Stadtrat Lammers schildert die Schwierigkeiten einer solchen Pflanzung. Es entwickelt sich darüber eine Debatte. — Sodann werden gemeinsam die Kapitel Stadtgesundheitsamt, Stadtkrankenhaus, Nahrungsmittel-Untersuchungsamt und Desinfektionsanstalt angenommen, ebenso die Kapitel Stadtbad und Freibäder. Zu letzterem kritisiert Stadtv. Müller, daß die Bäder sehr unzulänglich seien. — Stadtv. Kürbs plädiert für die Verlegung des Frauenbades an die Stelle des früheren Florabades.

Zuletzt werden angenommen die Kapitel Aufwendungen für die öffentliche Gesundheitspflege, Statistisches Amt und Sonstige gemeinnützige Zwecke. Für den Verein Jugendhilfe beantragt Stadtv. Busse statt 20 000 Mk. 30 000 Mk. Zuschuß. Stadtv. Wilke wendet sich dagegen. Stadtrat Velthusen tritt für die Bewilligung von 20 000 Mk. ein. Frau Stadtv. Krüger ist grundsätzlich für die Zusammenfassung der gesamten Jugendhilfe im Städtischen Jugendamt. Der Antrag Busse wird abgelehnt. — Stadtv. Borges beantragt, die Summe von 3000 Mk. für Ferienkolonien auf 6000 Mk. zu erhöhen. Diesem Antrag wird entsprochen.

Vorsteher Hennig verliest ein Gesuch des Stadtrates Tepelmann um Ausscheiden aus dem städtischen Dienst zum 1. Oktober. Das Gesuch wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Stadtv. Knauthe begründet folgenden Antrag:

Der Magistrat wird ersucht, den Mitgliedern des Stadttheaterorchesters eine später ratenweise zu verrechnende einmalige Beihilfe von 800 Mk. zu gewähren und dieselbe noch vor dem 1. August 1920 zur Auszahlung bringen zu lassen.

Mit drastischen Worten schildert Stadtv. Knauthe die Not der Künstler, die geradezu schmählich bezahlt werden. Stadtv. Borges betont, daß die Gagen aller Theaterangestellten sehr niedrig sind. Man möge dieses Gesuch dem Theaterausschuß überweisen. Nach längeren Ausführungen des Stadtbaurats Jost und nach weiterer Debatte wird der Antrag des Ausschuß überwiesen.

Folgende Anfrage an den Magistrat wird von Stadtv. Kürbs begründet:

Ist der Magistrat bereit, der Stadtverordneten-Versammlung mitzuteilen, welche Schritte bereits unternommen sind, um den Antrag des Sozialisierungs-Ausschusses vom 13. Juli, betr. Abschluß von Lieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Organisationen, zur Durchführung zu bringen.

Stadtrat Pfautsch beantwortet die Anfrage. Schon im Frühjahr wurden Verbindungen mit Lieferanten angeknüpft. Aber die gute Ernte machte es überflüssig, besondere Verträge zu schließen. Der Magistrat würde sich bemühen, alles für die Versorgung der Bevölkerung zu tun. In der Debatte betont Stadtv. Kürbs noch einmal, daß nur den Bemühungen des Arbeiterrates die Verhinderung von Lebensmittelunruhen gelungen sei. Bürgermeister Sendel erklärt, daß die Sachverständigen in der Ernährungsdeputation Lieferungsverträge nicht für gut hielten. Die Verhältnisse haben sich gebessert, allerdings dank der Mitarbeit des Arbeiterrates. Wir haben billigere Gemüsepreise als andere Städte. Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. Hildebrandt wird die Sitzung geschlossen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung soll folgende Anfrage der Unabhängigen gesetzt werden: Ist dem Magistrat bekannt, daß die auf städtische Kosten zu beerdigenden Leichen nackt beerdigt werden?

Sport und Körperpflege.

Bezirkssportfest auf der Peißnitz. Wir weisen nochmals auf das Programm hin: 1. 100-Meter-Lauf (Meisterschaft). 2. 1500-Meter-Lauf (Meisterschaft). 3. Hochsprung (Meisterschaft). 4. Weitsprung (Meisterschaft). 5. 4mal 100-Meter-Staffel. 6. 3mal-1000-Meter-Staffel. 7. Diskuswerfen. 8. Kugelstoßen. 9. Dreikampf: a) 50-Meter, b) Dreisprung, c) Speerwerfen. Für die Jugend: 1. 100-Meter-Lauf. 2. 800-Meter-Lauf. 3. Weitsprung. 4. Hochsprung. 5. Viermal-100-Meter-Staffel. Für Schüler: 1. 100-Meter-Lauf. 2. Weitsprung. 3. Hochsprung. 4. Viermal-100-Meter-Staffel. Sollten die Vereinsmitglieder sich an den einzelnen Konkurrenzen beteiligen, so bitten wir die Vereinsleitung bis 7. August an untenstehende Adresse mit Namen, Geburt, Verein und Meldegebühr einzureichen. Meldegebühren zu Punkt 1, 2, 3, 4, 5 und 6 zwei Mark, zu 7, 8 und 9 eine Mark. Für Jugend und Schüler eine Mark.

Der Athletik-Ausschuß.
J. A.: Hermann Kutscher, Halle (Saale), Reichardtstraße 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 03-17/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 22—24. Wochentags geöffnet von 8—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1474.

Mitglieder-Versammlung.
Bruckdorf-Zwintschöna.

Donnerstag, den 5. August, abds. 8 Uhr, im Gasthaus Grohe.

Tagesordnung:
Berichterstattung von der Kreis-Generalversammlung.

2672 Der Vorstand.

Konferenz
des Gewerkschaftskartells,
der Gewerkschaftsvorstände, der Gewerkschaftsvertrauensleute, der Parteifunktionäre, der Vertreter R.V. und der Obleute der Betriebsräte.

Freitag, den 6. August, abends 6 Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (großer Saal):

Tagesordnung:
Der Ausbau d. Organisation d. Betriebsräte.

Redner: Genosse Koenen.

Der Name des Kartellredners wird noch bekanntgegeben.

Freie Aussprache. Freie Aussprache.

Eintrittskarten sind zu haben von Montag an:
Für die Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftsvertrauensleute bei den Gewerkschaften; für die R. V. im Arbeiterrat; für die Parteifunktionäre und die Obleute der Betriebsräte im Parteisekretariat.

Die Obleute der Betriebsräte erhalten die Eintrittskarten nur gegen Ausweis.

Ohne Eintrittskarte kein Zutritt.

Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.
Der Vorstand des Sozialdemokratisch. Vereins für Halle-Saalkreis (USPD.).
2675
Wirtschaftliche Räte-Organisation.

B. B.B. **Reichs Bunte Bühne,** Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägergasse.

Größter Erfolg!
Der blendende Jubiläums-Spielplan!
Ein Spielplan, wie ihn Halle noch nie sah.

Mittwoch, den 4. August:
Gr. Ferien-Sonderfahrt nach Röpzig.
Abfahrt: 3 Uhr ab Genzmerbrücke.
Salonschiff „Monika". *1280

1 Waggon
weiße Stoffhalbschuhe
mit guter Ledersohle und Absatz, in unserer Zentrale München eingetroffen, (ein Teil kommt hier zum Verkauf) regulärer Preis Mk. 120,—
jetzt Mk. **43,50**
Schuhhaus Neptun, G. m. b. H.,
Grosse Ulrichstrasse 59. 2666

RAUCHTABAKE
rein Uebersee, alles helle Farben

Stropp	25,00	das Pfd. in 100 gr.-Paketen
Wibbel *1261	26,00	
Holländer	26,50	
Lahor Stag Feinschnitt und	7,00	per 50 gr.
Lahor Extra Zigarettenschnitt	10,00	

Frei gegen Nachnahme, versteuert.
Tabakfabrik Weinhausen, Köln 23, Ehrenstr. 34.

Kaufe altes Leder:
alte Lederstiefeln, Koffer, Schurzfelle, alte Stiefelschäfte, Schoßleder, alte Magenverbände, Lederkissen, alte Lederfolias, *1206 ganze Häute.
Mittwoch u. Donnerstag, von 8 bis 7 Uhr, Restaurant Prinzenhof, Landwehrstr. 5.
Bole auch ab. Ständ. Adr.:
Eckhardt, Reidebury, Gutsbes.

Guterhaltener Sportwagen zu verkaufen. 2665 Taikstraße 12, II.

Prinzess-Theater-Lichtspiele.
Joe May
Grosses Detektiv-Drama: **Der Onyxknopf.**
Ein Abenteuer des berühmten Joe Deebs.
Nur 3 Tage.
Inhaber: Der schwarze Karl Jackson. 2673

Restaurant Goldene Spitze.
Spitze 11/12.
Geöffnet, den 4. und Mittwoch, d. 11. August:
Grosses Preis-Skaten
Anfang 7½ Uhr. 2667

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Apollo-Theater. 2676 Anf. 8 Uhr.
Der Graf von Luxemburg.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7 Uhr.

Solbad Fürstental
Robert Franzstr. 10.

Gold-Darlehn
auch auf Möbel, erhalten reelle Personen durch
Paul Keller, Halenstraße 43.

Ess- und Kochbirnen
verkauft *1271
Spangenberg
Löbejün, Langestr. 4.

Dauerhafte
Brieftaschen
in 2260
prima Leder
und
allen Preislagen
H. Krusemann,
nur Schmeerstr. 19.

Silber und Gold
waren zu kaufen ges.
Abramowitz,
Schmeerstr. 14 I.

Arbeitsmarkt.

Aelteres Dienstmädchen
sofort gesucht. *1273
Gasthof zur grünen Tanne, Zöberitz, Karl Hensel.

Geschirrführer
gesucht. *1281
Abfuhrgeschäft, Reilstr. 38.

Ehrenerklärung.
Nehme die ausgesprochene Beleidigung gegen Herrn Fr. Herold, Thüringerstraße 26, hiermit zurück.
E. Müller. 2663

Ehrenerklärung.
Hiermit nehme ich die beleidigend. Aeußerungen, welche ich gegen Frau Reichardt getan habe, zurück, und bestätige, daß ich Frau Reichardt stets als ehrenhaften charaktervolle Frau kenne. Alle Nachreden gegen die Ehre d. Frau Reichardt, werden gerichtlich verfolgt. *1267
Jahn, Ammendorf.

Von der Reise zurück
Hans Schmidt,
Zahnpraxis,
Leipziger Strasse 12, schräg gegenüber der Ulrichskirche.
Sprechzeit 8—1, 3—5. 2677

Rabeninsel :: Etablissement :: Kurzhalz.
Zu unserem am Mittwoch stattfindenden
Sommerball laden ein 2669
U. Z. Dasmania. U. V. Saxiera.

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, an Zugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, ferner von Kerzen und Kakao

in der Talamtschule am Mittwoch, den 4. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72501—78500, vorm. von 8—12, und die Inhaber der Nummern 78501-84500 nachm. von 2-6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Kinder bis zu 12 Jahren, an Zugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren auf 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. Ferner können an jeden Haushalt 4 Stück Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für 4 Stück und an jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Kakao zum Preise von 3 Mk. für 100 Gramm abgegeben werden.

Sämtliche hier wohnhafte ausländische Staatsangehörige werden erlaubt, sich umgehend bei ihren Vertretungsbehörden die erforderlichen Ausweispapiere (Paß oder Personalausweis) ausstellen zu lassen, da in nächster Zeit die Meldung der hier wohnhaften Ausländer angeordnet wird. Diejenigen Ausländer, die am Tage der Meldung nicht im Besitze von gültigen Ausweispapieren sind, haben evtl. ihre Ausweisung oder andere Maßnahmen zu erwarten.

Die Polizeiverwaltung.

Sangerhausen

Ausgabe der Zuckerkarten.

Die Zuckerkarten, Zuckerzusatzkarten für Kinder unter 2 Jahren und die Marken für Sonderausgabe für den Monat August werden am Mittwoch, den 4., und Donnerstag, den 5. d. M., im Zimmer Nr. 17, ausgegeben und zwar: Mittwoch vormittag von 7—12 Uhr die Nr. 1—1200, Donnerstag vormittag von 7—12 Uhr die Nr. 1201—2400, Donnerstag nachmittag von 2—6 Uhr die Nr. 2401—3569. Der Lebensmittelausweis ist mitzubringen. Wachtmannschaften, Militärurlauber, Gefangene, Sommergäste, ausländische Arbeiter und sonst vorübergehend anwesende Personen erhalten die Marken zur Sonderausgabe nicht.

Sangerhausen, den 3. August 1920.
*1274 Der Magistrat.

Unter dem Viehbestande des Landwirts Oskar Franke hier, Vor dem Wassertor Nr. 5, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

*1274 Die Polizeiverwaltung Sangerhausen.

In § 2 Abs. 2 der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 20. Februar 1920 — O. P. 1093 E. —, betreffend die Einschränkung des Handelsverkehrs mit Pferden usw. ist nachgelassen, Ausnahmen von den Verboten in wirtschaftlich dringenden Fällen zu gestatten. In Erweiterung dieses hat der Herr Oberpräsident genehmigt, daß auch in anderen Fällen ein Besitzwechsel von allermal beschlagnahmten Pferden innerhalb des Kreises von dem Ersteigenden des Kommunalverbandes gestattet werden darf. Entsprechende begründete Anträge sind mir vorzulegen. Anträge auf Besitzwechsel solcher Pferde innerhalb der Provinz sind beim Herrn Oberpräsidenten anzubringen.

Sangerhausen, den 29. Juli 1920. *1273
Der kommissarische Landrat. Kaparack.

Bitterfeld

Dem Fleischermeister Albin Ebert in Löberitz, Kreis Bitterfeld, wird wegen Geheimschlachtung der Fleischverkauf untersagt und seine Fleischverkaufsstelle von heute an geschlossen.

Bitterfeld, den 2. August 1920.
Der Landrat.
*1272 J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergeßlichen Entschlafenen
Frau Marie Schaller
geb. Schmidt
sagen wir allen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren tiefgefühltesten Dank.
Halle (Saale), den 2. August 1920.
Albert-Schmidtstr. 3 I.
2670 **Hermann Schaller.**

Deutscher Landarbeiter-Verband, Ortsgruppe Teicha.

Nachruf. *1277
Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb am Montag früh 2 Uhr unser Verbandsmitglied
Minna Kümmel geb. Elze.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Vereins-Anzeiger
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahrs beitrag: Mindestens 10 Mark.

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 4. August, pünktlich abds. 8 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeb. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Laubenstraße.

Verband der Buchbinder.
Alle Verbandsfunktionäre, Kartellbegleiterte, Vertrauensleute und Betriebsräte müssen ihre Ausweise für die am 6. August stattfindend. Konferenz in der Betriebsrätefrage, am Mittwoch, den 4. August, im Gewerkschaftshaus, in der Zeit von 4—5 Uhr abholen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Mittwoch abend 7 Uhr: Spiele und Volkstänze auf der Peißnitz.
Donnerstag abd. 7 Uhr: Abendwanderung nach Wörmitz (Saale). Ab 7½ Uhr von Endstation Linie 1 c.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstunden:
Dienstag und Freitag ab 6 Uhr im Johannesbad für Damen und Herren.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Sonntag, den 8. August: Ausflug nach Schwerz. Abfahrt mitt. 12 Uhr vom Roßplatz.
Freitag, den 27. August, abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Mitglieder-Versammlung
Der Vorstand.

I. Gitarre-Zither-Verein, E.-S.
Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jeb. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

„Schloß Freiimfelde"
Mittwoch, den 4. August, von 7 Uhr an:
Kavalier-Ball in Tunzzeit. 2671

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit."
Sonntag, den 8. August: Ausflug nach Wörlitz. Abfahrt: Sonnabend abend 9 Uhr von Bohle, Humboldtstraße 1.
Um zahlreiche Beteiligung aller Bereine wird gebeten.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslok. Bohle, Humboldtstraße 1. Mittwoch nach d. 1. u. 15. i. Monat: Vereinsversammlung.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeb. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette", Alter Markt.

Wander-Verein „Rund um Halle".
Donnerstag, d. 5. August, im Vereinslokale:
Sitzung.

Mandol.-Gesellschaft Harmonie, Halle a. d. S.
Vereinslokal: Restaur. Selka, Dorotheenstr. 12. Jeb. Mittwoch: Uebungsst.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein f. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

Interessant. Bund der Kriegsbeschädigt. -Teilnehmer u. und -Hinterbliebenen.:
Ortsgruppe: Halle (S.)
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Restaur. Kauschk, Martinsberg, Mitglieder-Versammlung. Montag und Donnerstag jede Woche, abends 6—7 Uhr: Rechtsauskunft.

Freie Sozial. Jugend, Ortsgruppe Halle.
Heim: Rathausstr. 16, geöffnet u. 7½ Uhr abds.
Heute, Dienstag: Spielen und Volkstänze auf der Peißnitzwiese.
Mittwoch: Vorstands- u. Funktionärsitzung.
Donnerstag: Mandolin.-Uebungsstunde.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 4. Aug. 7½ uhr, statt bei Freitag, den 6. August:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag.
2. Stellungnahme zur Beitragserhöhung.
3. Verschiedenes.
Da die Versammlung sehr wichtig, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
Der Vorstand.
Ohne Karte kein Zutritt.

I. Gesangverein Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jeb. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Mandolinen u. Wander-Abteilung. Mittwochs: Uebungsstunde.
Bibliotheke
Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf

Turn- und Sport-Verein Fichte, Ammendorf.
Abteilung Ammendorf. Schützenhaus. Turnh.:
Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr.
Abteilung Diendorf, Preterhaus. Turnstunde:
Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.
Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

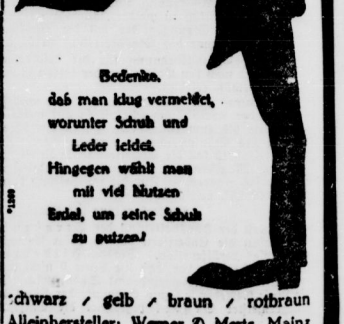
Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jeb. Donnerstag, abends ½9 Uhr, in Teschmanns Hotel:
— Singestunden. —

Altkleiderstelle,
Kl. Ulrichstraße 15, kauft Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, auch neu.
Telephon 4414. 1998

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 1999
Ludwig. Schwetschkestr. 14.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Bettwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 1997

Erdal
Schuhputz



Bedenke,
daß man klug vermeidet,
worunter Schuh und
Leder leidet.
Hingegen wählt man
mit viel Nutzen
Erdal, um seine Schuh
zu putzen!

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Am Montag, den 2. August, ist unsere liebe Mitarbeiterin
Minna Kümmel
plötzlich und unerwartet verstorben. Wir verlieren in ihr eine treue Mitarbeiterin, deren Andenken wir stets in Ehren halten.
Teicha, den 3. August 1920. *1276
Die Mitarbeiterinnen der Firma Gebr. Nagel.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

Nachruf.
Am Freitag erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser Gesangsbruder
Albert Jummrich
in der Nacht zum Freitag von dem Grünen Nacht-Flurschutz in d. hiesigen Bruchfeld erschossen wurde. Wir verlieren in ihm einen eifrigen Sänger und werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Arbeiter-Gesangverein „Lyra", Kleeleben.
M. d. A. S. B.

Am 2. August verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit meine inniggeliebte Frau, Mutter meiner beiden Kinder, Schwiegertochter und Schwägerin *1279
Minna Kümmel
geb. Elze
im Alter von 28 Jahren.
Teicha, 3. Aug. 1920.
Paul Kümmel, und die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200803-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. August 1920.

Wer hat Schuld an der Verzögerung.

Der Reichsbund und die Belieferung der Kriegsbeschädigten mit Kleiderstoffen.

Vom Internationalen Bund der Kriegsopfer wird uns geschrieben:

Eine eigenartige Methode befolgt der Reichsbund, Ortsgruppe Halle, in der Fürsorgetätigkeit für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Im Frühjahr hatten die Kriegsbeschädigten-Organisationen, der Reichsbund, der Bund erblindeter Krieger und der Internationale Bund, eine Sitzung mit dem Stadtrat Georg, der der hiesigen Hinterbliebenenfürsorge vorsteht, in dessen Arbeitszimmer, um zu der Frage der Beschaffung von billigen Kleiderstoffen Stellung zu nehmen. Damals herrschte Einmütigkeit darüber, daß durch den Leiter der amtlichen Fürsorgestelle, herrn Viet, all die notwendigen Vorarbeiten erledigt wurden, damit die Hallischen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen so schnell als möglich von der Textil-Verwertungsgesellschaft mit billigen Kleiderstoffen beliefert würden. Monat um Monat verging und alle Anfragen an die amtliche Fürsorgestelle wurden dahingehend beantwortet, daß die Schuld an der Verzögerung nicht die einzelnen Organisationen, sondern die Vertreter des Magistrats treffe. Nachdem in den umliegenden Orten Kleiderstoffe für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen geliefert worden waren, wurde vom Internationalen Bunde vor einigen Wochen wieder einmal die Frage angeregt. Der Leiter der Fürsorgestelle erklärte damals, daß es die Schuld der Landesfürsorgestelle in Merseburg sei, die erklärt hat, daß, nachdem von den städtischen Behörden in Halle die Sache verzögert worden sei, eine Belieferung der Hallischen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nicht notwendig wäre, da dieselben im Jahre 1919 bereits überliefert worden seien.

Alle diese Auskünfte besagten, daß vor allem Herr Stadtsekretär Lehnert im Stadternährungsamt und auch Herr Stadtrat Georg die Schuld an der Verzögerung der Belieferung von Stoffen tragen sollten. Auf die Aufforderung des Internationalen Bundes, nun endlich einmal Schritte zu unternehmen, die von Erfolg gekrönt seien, wurde von dem Leiter der Fürsorgestelle versprochen, daß nunmehr sich die Organisationen direkt an die Landeshauptmannschaft Merseburg wenden sollten.

Durch Zufall ist dem Internationalen Bunde nun nachfolgendes Schreiben in die Hände gefallen, das einen eigenartigen Einblick in die Praxis und in die Tätigkeit des derzeitigen Leiters der amtlichen Fürsorgestelle wirft. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Halle (Saale), den 17. Juli 1920.

Die von dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten überreichte Liste ist demselben vor längerer Zeit behufs Vervollständigung zurückgegeben worden und trotz wiederholter fernmündlicher Erinnerung nicht zurückgelangt. Der derzeitige Geschäftsführer ist von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt; er will nunmehr eine direkte Zuweisung durch den Ausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Provinz Sachsen in Merseburg versuchen und hat gebeten, diesseits zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Es dürfte sich nunmehr vielleicht empfehlen, die von dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten vorliegende Beschwerde getrennt zu behandeln.

geg. Lehnert.

Auf Grund dieses Schreibens ist nun sofort von dem Herrn Geh.-Rat Finger die Angelegenheit weitergegeben worden. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Halle (Saale), den 20. Juli 1920.

An den
Ausschuß der Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Provinz Sachsen, Merseburg.

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Halle, hat bei uns einen Antrag auf Zuteilung von

275½ Meter Anzugstoff,
1188 Meter Barchent,
48 Stück Unterhosen,
48 Paar Strümpfe

gestellt.

Wir bitten um Mitteilung, ob die Ueberweisung von dort erfolgen kann und wie hoch sich die Preise stellen.

geg. Finger.

Aus diesen beiden Schreiben geht nun ganz klar hervor, daß die Schuld an der monatelangen Verzögerung der Belieferung nicht die Organe der Stadt, sondern lediglich den Reichsbund der Kriegsbeschädigten trifft. Es ist unverständlich, wie man immer wieder die einzelnen Mitglieder davon zu überzeugen versucht, daß man selbst vollkommen unschuldig ist, und die Meinung bei den Kriegsbeschädigten fördert, daß den städtischen Behörden alle Schuld an der Verzögerung treffen soll. Der Geschäftsführer der amtlichen Fürsorgestelle, Herr Viet, wird sich wohl nun dazu äußern müssen, inwieweit der amtlichen Fürsorgestelle ein Verschulden trifft.

Eine solche Irreführung der Mitglieder, wie sie von dem Reichsbund betrieben wird, lehnt der Internationale Bund ab. Wir sind wohl die letzten, die bei der Regelung der wirtschaftlichen Nöte der Kriegsbeschädigten politische Momente ins Auge fassen, aber um der Gerechtigkeit willen müssen wir feststellen, daß bei der Regelung dieser so eminent wichtigen Frage der Belieferung der Kriegsbeschädigten mit billigen Kleiderstoffen den Stadtsekretär Lehnert sowie auch den Stadtrat Georg keinerlei Verschulden treffen kann, sondern nach dem vorstehenden Schreiben lediglich die Schuld auf seiten des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zu suchen ist.

Der Kampf um die Betriebsräte in der Afa.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Ortskartell Halle, beschäftigte sich am Sonntag in einer sehr schlecht besuchten Mitgliederversammlung mit der Rätefrage. Es ist bedauerlich, daß ein so geringes Interesse für diese Frage unter den Mitgliedern der Afa zu finden ist. Als Referent sprach Herr Roerpel (Berlin) über „Der Kampf um die Betriebsräte". Der Referent ging auf die Entwicklung der Bewegung und auf den jetzigen Stand ein. Er wies darauf hin, daß die Afa die zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Münzstraße getroffene Einigung ablehne. Der Referent stand auf dem Standpunkt, daß es im Interesse der Bewegung ein Zusammengehen mit der Münzstraße und der Hallischen Richtung (WRO.) nicht geben dürfe und daß die Afa auch in Mitteldeutschland sich an einer derartigen Einigung nicht beteiligen würde.

In der Debatte vertrat Wolf vom Bund technischer Beamten in Leuna den selbständigen Rätegedanken. Die selbständige WRO. solle ein Kampfmittel für die Befreiung der Arbeiterklasse sein, sie solle zur Ueberführung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische die dazu nötigen Vorbereitungen treffen. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Gewerkschaften revolutioniert werden und die konsequente Förderung der Entwicklung zu Industrieverbänden durchgeführt wird, in denen Kopf- und Handarbeiter vereinigt sind.

Einige Redner sprachen für die gewerkschaftlichen Betriebsräte. Sodann wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 1. August 1920 im Volkspark versammelten Mitglieder der der Afa — Ortskartell Halle — angeschlossenen Angestelltengewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die Erfassung der Betriebsräte nach den von der Afa und ADGB. aufgestellten Richtlinien zu erfolgen hat. Sie lehnen ein Zusammengehen mit der WRO. ab und verurteilen aufs schärfste jede Zersplitterung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die die Folge einer selbständigen Betriebsräte-Organisation sein muß. Die Versammelten billigen den von der Afa in Berlin eingenommenen Standpunkt und lehnen ihrerseits eine Einigung, wie sie zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Rätezentrale in der Münzstraße abgeschlossen wurde, ab, da sie in dieser Einigung eine, den Aufgaben unserer Bewegung entsprechende Lösung der Schwierigkeiten nicht erblicken können.

Da die Angestellten sich bekanntlich für die WRO. ausgesprochen haben, so ist die Bedeutung dieser Resolution kaum eine sehr große. Ein kleiner Erfolg der Gewerkschaftsbeamten, der von der Entwicklung von selbst korrigiert werden wird.

* **Metallarbeiter.** Die Mitglieder der Ortsverwaltung, der Branchenleitungen, die Betriebsratvorsitzenden, Betriebsobmänner und Vertrauensleute werden ersucht, die Ausweiskarte zu der am Freitag, den 6. August, im Volkspark stattfindenden großen Funktionärsitzung bis Donnerstag im Bureau abzuholen. — Die gestrige Mitgliederversammlung mit Dißmann und Koenen als Redner mußte ausfallen, da beide Redner wegen Abstimmung über den Amnestievertrag im Reichstag am Erscheinen verhindert waren. Die Versammlung findet nunmehr am Montag, den 9. August, bestimmt statt. Die Ortsverwaltung.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** Die nächste Sitzung findet am Donnerstagabend um 7 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Die neugewählten Mitglieder müssen unbedingt zur Stelle sein.

* **Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** veranstaltet am Donnerstag, den 5. d. Mts., abends 7½ Uhr, in der Saalschloßbrauerei ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten des Säuglingsheims in Kröllwitz, Belfortstraße 3, unter gütiger Mitwirkung der 28 Mann starken Kapelle der Straßenbahn. Eintrittskarten im Vorverkauf bei Hothan, Gr. Ulrichstraße und im Straßenbahndepot Berlinerstraße, für Erwachsene 1,00 Mk. und Kinder 50 Pf. An der Abendkasse 1,25 Mk. und Kinder 60 Pf. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt.

* **Verhalten in den öffentlichen Anlagen.** Von verschiedenen Seiten wird darüber Klage geführt, daß Lungenleidende in den städtischen Gärten und Anlagen rücksichtslos ausspucken, ohne zu berücksichtigen, daß durch darauf mit dem bevorzugten Aufenthalt Gesunder, daß durch darauf mit dem bevorzugten Aufenthalt Gesunder, daß durch darauf mit dem bevorzugten Boden die Ansteckungskeime der Lungenschwindsucht von spielenden Kindern u. B. aufgenommen werden können. Jeder hustende Lungenleidende ist der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet, mit seinem Auswurf nicht achtlos umzugehen; er ist auch sehr gut dazu in der Lage, denn jeder Lungenleidende kann in der Lungenfürsorgestelle (Salzgrafenstraße 1, Sprechstunde täglich von 3—6 nachm.) im Falle der Bedürftigkeit eine Spuckflasche unentgeltlich erhalten, die man unauffällig bei sich tragen und gebrauchen kann. — Die städtischen Aufseher sind angewiesen, darauf zu halten, daß Hustende ihren Auswurf nicht rücksichtslos neben die Bänke, auf die Wege und gar auf den Kinderspielplätzen entleeren.

* **Tobsüchtiger.** In der Trotthaer Straße wurde ein Aufseher von einem Tobsuchtsanfall befallen. Beim Zerichlagen einer Fensterscheibe hat er sich am rechten Unterarm erheblich verletzt und mußte nach Anlegung eines Notverbandes der Klinik zugeführt werden.

* **Freitod.** Am 20. Juli hat ein junger Mann, nur mit Hemd und Hose bekleidet, den Tod in der Saale gesucht und gefunden. Die Leiche ist bisher noch nicht geländet. Falls die Leiche in der Umgebung von Halle landen sollte, bittet die Kriminalpolizei um Mitteilung.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Betts Bunte Bühne feierte gestern, Montagabend, sein einjähriges Bestehen. Direktor Beth hat im Verlauf dieses Jahres bewiesen, daß er seinem Publikum nur das beste auf dem Gebiet der Kleinkunstbühne bieten will. Er wartet im Monat August mit einem besonders glänzenden Programm auf, so daß alle Besucher auf ihre Kosten kommen.

Gemeindevertreter-Konferenz im Saalkreis.

Am Sonntag, den 7. August, vormittags 9 Uhr, findet im Volkspark eine Konferenz aller der USP. angeschlossenen Gemeindevertreter, Amts- und Gemeindevorsteher statt. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben werden.

Stadttheater.

Volkssinfoniekonzert.

Erwartungsfroh, mit leuchtenden Augen, strömte gestern abend das Publikum in den Hallischen Musentempel. Die Mehrzahl waren wohl Angehörige des werktätigen Volkes. Sollte es doch wieder mal einige Stunden der Erholung, der Erbauung, des Sichselbstvergessens in dem Reiche der Töne geben. Und keiner wird enttäuscht gewesen sein. Es waren in der Tat erhebende Stunden, die uns unser Stadttheaterorchester bescherte. Gleich Beethovens Pastorale riß den Zuhörer aus seinem Alltagsbahindämmern empor und führte ihn in eine Welt feierlicher, inbrünstiger Liebe zur Natur, die Beethoven in seiner Sechsten so innig durch Töne verklärt hat. Was er uns zu sagen hat, würde auch ohne die genaue Inhaltsangabe vor den einzelnen Sätzen jedermann verständlich werden. Freilich, er will ja auch keine reine Programmmusik geben. Wenn er auch einmal geäußert hat, er habe beim Komponieren immer ein Gemälde vor Augen, so ist doch kein Abschnitt ausschließlich auf Sommerlerei gegründet, wie denn auch der sinnreiche Vorbehalt in der Ueberschrift „mehr Ausdruck der Empfindung als Malerei" vorschreibt. So reizvoll der nachgeahmte Vogelgesang am Schluß des zweiten Satzes ist, er fesselt weniger durch die Genialität der Erfindung und Naturtreue als durch die wunderbar weiche Lyrik, die dieser Stelle vorangeht. Als Ganzes soll diese Sinfonie ja auch nicht einen musikalischen Abklatsch äußerer Naturerscheinungen darstellen, sondern die Natur ist hier als Befreierin, als Sorgenbrecherin der Seele aufzufassen. Durch Beethovens Musik sollen wir sie tiefer verstehen lernen. Darum ist seine Tonwelt mehr Lichtauell als Lichtreflex. Der Finne Sibelius war mit einer musikalischen Volkslegende und mit einer Suite aus König Christian vertreten. Das erste ein sinnendes, verträumtes Tonfriid, das die ganze Mystik slawischer Volksmythen zum Ausdruck bringt. Das Nokturno und die Elegie schlagen verwandte Töne an, während die Musette durch grazios schalkhaften Humor fröhlich dahintänzelt. Dem folgten Böllmanns Sinfonische Variationen für Violoncello mit Orchesterbegleitung. Solocellist Franz Weiße hatte sich des Cellofolos angenommen. Seine Leistung war anerkennenswert, zumal er frei nach dem Gedächtnis nachspielt. Doch hätte ich mir etwas mehr Gefühlsintensität gewünscht, namentlich im Moderato maestoso. Auch war das Treffen der Intervallsprünge nicht immer ganz rein. Den Schluß des Programms bildete Richard Strauß' Tondichtung Tod und Verklärung. Auf die Wiedergabe dieses Werkes war meine Erwartung am meisten gespannt und — sie wurde befriedigt. Hier legte unser Stadttheaterorchester und nicht am wenigsten der verdienstvolle Leiter des gestrigen Konzerts, Herr Kapellmeister Braun, seine gutbestandene Probe ihres Könnens ab. In der Erfassung des Geistigen wie in der Ueberwindung der technischen Schwierigkeiten war es eine beachtenswerte Leistung. Das Publikum nahm die Darbietungen mit warmem Dank auf. Möge er mit dazu beitragen, daß die Einrichtung guter, volkstümlicher Sinfoniekonzerte wie das gestrige eine ständige Einrichtung bleibe.

M.—w.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Am Sonntag, den 29. August, vormittags 10 Uhr, tritt in Falkenberg im Preußischen Hof

die ordentliche Kreisgeneralversammlung

zusammen. Die Kreisleitung schlägt folgende

vorläufige Tagesordnung

vor: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Beschlußfassung über die Anstellung, gegebenenfalls Wahl des Sekretärs. 3. Statutenänderung und Anträge. 4. Die politische Lage im Reiche. 5. Der nächste Bezirkstag und Parteitag. 6. Presse 7. Parteiangelegenheiten.

Die Ortsvereine der USP. werden ersucht, zum Kreistage Stellung zu nehmen, die Delegierten zu wählen und ihre Anträge einzureichen, so daß diese rechtzeitig veröffentlicht werden können. Alle 41 Ortsvereine müssen auf dem Kreistage vertreten sein. Die Wahl der Delegierten hat nach dem Kreisstatut zu erfolgen. Danach sind alle Ortsleiter oder deren Stellvertreter Grunddelegierte. Bei über 75 bis 100 zahlenden Mitgliedern ist ein zweiter Delegierter zu wählen. Auf jedes weitere Hundert Mitglieder kommt noch ein Delegierter, wobei die Hälfte der nächsten Staffel voll zählt. Mandate und Mitgliedsbücher sind mitzubringen, desgleichen genaue Zahlenangaben über den gegenwärtigen Mitgliederbestand. Der Kassenbericht ist allen Ortsgruppen zugegangen.

Der Kreisvorstand.

Artern. In einer starkbesuchten Mitgliederversammlung am vergangenen Sonnabend hielt unser Parteisekretär Genosse Banse (Sangerhausen) einen Vortrag über die Aufgaben der Organisation. Die Rede wurde mit großem Interesse verfolgt, worauf sich eine sehr sachliche Debatte entspann. Der Kassierer Gen. Schanburg gab den Kassenbericht, ihm wurde von der Versammlung Entlastung erteilt. Gen. Grimm wollte sein Amt als Vorsitzender niederlegen. Die Versammlung konnte sich damit aber nicht einverstanden erklären. Ein Antrag, Gen. Grimm möge den Vorsitz weiterführen, fand einstimmige Annahme, weshalb der Genosse sich bereit fand, den Vorsitz beizubehalten. Es wurde dann noch über die beabsichtigte Gründung einer eigenen Presse für den Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga gesprochen. Gen. Banse erteilte Aufklärung: es werden Anteilscheine in Höhe von 20 Mk. ausgegeben. In eine Kommission, welche die Pressefrage bearbeiten soll, wurden die Genossen Schanburg, Weinreich und Vetter gewählt. Mit einem Appell zur Agitation für das zu gründende Parteiorgan wurde die Versammlung geschlossen.

Döben. Stadtverordnetensitzung. Die Baubeihilfe zum Ausbau des Dittmannschen Grundstückes für Wohnzwecke ist von der Regierung abgelehnt worden, da Mittel hierfür nicht mehr vorhanden seien. Dem Nachtrag zur Luftbarkeitssteuer hat der Magistrat nach der Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt, ebenso dem Nachtrag zur Hundesteuer. Auf Antrag der freiwilligen Feuerwehr wurde dieser eine Beihilfe von 100 Mk. zur Teilnahme am Verbandstage in Herzberg bewilligt. Zur Aufrechterhaltung des Autoverkehrs zwischen Döben und Bitterfeld wurden bisher 800 Mk. Zuschuß bewilligt; ein weiterer Zuschuß von 800 Mk. macht sich notwendig. Die Frage wurde so geregelt, daß 400 Mk. bewilligt werden, während die übrigen 400 Mk. als Miete und für die Reparatur des Autoschuppens angerechnet werden. Eine Unterstützung von 50 Mk. für Brandbeschädigte wurde einem Magistratsantrag entsprechend bewilligt. Anstelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Kalisch wurde Herr Thele zum stellvertretenden Beisitzer des Mieteinigungsamtes bestimmt. Die Einreihung der Kommunalbeamten in die neue Besoldungsordnung wurde einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen. Die endgültige Regelung soll in der Sitzung am 5. August stattfinden.

Torgau. Ein junger Schwindler. Ein Schreiberlehrling der angab, ein Pferdegeschäft vermitteln zu können, prellte am 30. Juli einen Landwirt um 6000 Mk. Der Betrüger fuhr nach Halle, wo er einen Teil des Geldes in lustiger Gesellschaft verpraßte. Dort wurde er auch von Kriminalbeamten festgenommen.

Mühlberg (Elbe). Ertrunken. Am Freitag langte hier ein Sportboot mit zwei Dresdener Ruderern an. Die Partie war bereits beendet und das Fahrzeug einem bergwärts fahrenden Schleppzug angehängt, um wieder nach Dresden verbracht zu werden. Als das angehängte Boot infolge Wellenschlags kenterte, sprang einer der Ruderer, ein Gymnasiast aus Dresden, dem abtreibenden Boote vom Flußufer aus nach, wurde von einem Herzschlage ereilt und verlank im Strome. Sein Sportkamerad versuchte ihn vergeblich zu bergen.

Bockwitz. Folgen des Kapp-Lüttwitz-Putsches. Für vergangenen Sonnabend waren vor dem Amtsgericht in Eisterwerda wieder Vernehmungen angesetzt, wozu etwa 10 Arbeiter des Ländchens geladen waren, die von der Staatsanwaltschaft gemeiner Verbrechen angeklagt werden. Der achttägige Generalstreik, der sich im März gegen den Staatsstreich der Reaktion richtete und hier in ruhiger und mustergültiger Weise verlaufen ist, fiel gewissen Leuten auf die Nerven; man ist daher jetzt dabei, aus dem Streik ein gemeines Verbrechen zu konstruieren, um die Möglichkeit zum Vorgehen gegen die Arbeiter zu haben, während die eigentlich Schuldigen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Beweis, daß nicht erst festgestellt wird, ob wirklich Vergehen vorliegen, ist die Tatsache, daß man an einen der Arbeiter ohne weiteres die Frage stellte, ob er sich noch an weiteren Gewalttätigkeiten beteiligt hätte, ohne das bisher festgestellt war, ob er überhaupt eine Gewalttätigkeit begangen hat. Bei dieser Voreingenommenheit kann man kein unparteiisches Urteil erwarten. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bubiag ihre Hand dabei im Spiele hat, trotzdem diese vor Wiederaufnahme der Arbeit den Arbeitervertretern gegenüber sich verpflichtet hat, wegen der Vorgänge des Generalstreiks nichts zu unternehmen. Man kann daraus ermessen, von welcher Bedeutung eine Zusicherung von dieser Seite ist. Für die Arbeiterschaft wird dies in Zukunft eine Lehre sein, sie wird daraus die Folgerung ziehen, sich nicht mehr mit leeren Versprechungen abfinden zu lassen.

Bockwitz. Das Gewerkschaftskartell macht bekannt, daß zur Unterhaltung des eigenen Heims, das der Arbeiterschaft des Ländchens demnächst zur Verfügung stehen wird, eine Genossenschaft gegründet werden soll. Zu diesem Zwecke findet am Sonntag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, in der Schulaula eine Versammlung statt. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Staßfurt. Zu der Beschlagnahme bei dem rechtssozialistischen Joseph, Führer und Stadtverordneter der Sozialpatrioten in Staßfurt, wird nachträglich noch folgendes mitgeteilt: Der Kaufmann Joseph, der sich nicht durch den Gerechtigkeitssinn seines ägyptischen Namensvetters auszeichnete, ist zur Verhinderung von Verdunkelungen inzwischen verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt worden, welches das weitere Verfahren gegen ihn in die Hände genommen hat. Die Beschlagnahme der unversteuerten Waren erregt hier um so größeres Aufsehen, als Joseph in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter auch dem Steuerausschuß der Stadtverordneten-Versammlung angehört.

Briefkasten.

B. 63. Bis zum 21. Lebensjahre.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaftliches, Parteinachrichten und Unterhaltungsblatt: Paul Fennig; für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Vereinsnachrichten: Johann Jansen; für Anzeigen: Fritz Krab; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200803-17/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Aufschwung.

Unter uns gähnt Nacht und Grauen
Und ein Meer von tutem Blut.
Brüder, laßt uns aufwärts schauen,
Wo allein die Rettung ruht.

Droben schwingt in hoher Runde
Stern bei Sternen aus und ein,
Zeichen einem neuen Bunde
Zwischen Mensch und Mensch zu sein.

Brüder, schaut, wie frisches Hoffen
Leuchtend in das Dunkel bricht.
Morgen tritt, vom Glanz getroffen,
Der versöhnte Mensch ins Licht.

Karl Bröger.

(Eine Probe aus dem bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen schönen Gedichtbändchen Flamme von Karl Bröger.)

Erziehung zum Sozialismus!

Die Revolution hat uns Frauen die Gleichberechtigung gebracht. Wir haben die gleichen Rechte wie der Mann. Wir haben somit ohne die geringste Anstrengung etwas erreicht, was wir nie zu hoffen gewagt. Aber können wir uns wirklich dieses Erfolges freuen? Nein! Betrachten wir einmal, aus welchen Verhältnissen der Krieg entstanden ist, und daß aus diesem Krieg, einerlei, ob wir oder unsere Feinde die Unterliegenden gewesen wären, kein anderer Friede hätte entstehen können. Müssen denn gerade wir Frauen uns nicht sagen, wir tragen viele Schuld daran, daß dieses furchtbare Elend über die Menschheit gekommen ist?

Wir Frauen und Mütter geben dem Kinde das Leben, in unseren Händen liegt seine Erziehung. Wir können das Gute, Edle, sowie das Gemeine und Niedrige in seine Seele legen. Heute sollte uns Frauen und Müttern endlich die Erkenntnis aufgehen, daß aus den Trümmern dieses Krieges eine neue Menschheit hervorgehen muß. Unser ganzes Fühlen und Denken müßte heute in unserem Innern gleich einem heftigen Sturm aufgerüttelt werden. Wenn wir unsere Kinder zum Sozialismus erziehen wollen, so müssen wir vor allen Dingen selbst dazu erzogen sein. Wie wenig Frauen sind sich dieser hohen Aufgabe bewußt. Leider fehlt den meisten unserer Frauen die eigene Erziehung. Vor allem, Frauen, Genossinnen, kehrt zur Einfachheit zurück. Kleidet euch anmutig, aber nicht auffallend. Stärkt euch in Selbstüberwindung, indem ihr alles Kleinliche, alles Oberflächliche von euch ablegt. Lernt den Gedanken des Sozialismus in seiner ganzen Tiefe erfassen, versucht es, ihn in die Tat umzusetzen. Seht im Menschen den Menschen, auch wenn er nicht eure Sprache spricht. Legt in die Seelen eurer Kinder die Liebe zu ihren Mitmenschen, lehrt sie aber nicht den Haß gegen andere Völker. Lernt sozialistisch fühlen, denken und handeln. **Erst wenn der Sozialismus uns Frauen wahrhaft durchdringt, kann die Menschheit wieder gesunden.** Erst dann gehen wir einer schöneren, besseren Zukunft entgegen. Tragen wir dazu bei, daß wir unsere Kinder wieder einer Zeit entgegenführen, in welcher Friede, Freiheit und Menschenwürde wohnen. Dann wird es auch wieder Frieden werden in den Herzen aller geheinigten, aufgewühlten Völker.

Agnes Schulte.

19]

Grieshuus.

Novelle von Theodor Storm.

Anno 1718 war ich schon mehr denn vier Jahre hier als Sukzessor des Pastors Heikens, der nach Wetzlar in der Wetterau berufen worden.

Der Mißwirtschaft in unserem Lande überdrüssig — denn der Geheimrat Görtz riß immer mehr die Zügel an sich und war mit dem Könige nur einig, wo es galt, die Stände und das Land zu drücken —, hatte der Herr Oberst schon Anno 1707 den Junker nach Stockholm gesandt, woselbst er als Page und Leibbiener unserer Herzogin eingestellet wurde. Nach deren im darauffolgenden Jahre bereits erfolgtem traurigen Ableben trat er als Fahnenjunker in die schwedische Miliz und hatte nunmehr geschrieben, daß er als Leutnant bei den Dragonern war installiert worden.

Auf Grieshuus saß nun der Oberst mit dem Vetter und der Tante Adelheid in großer Stille; auch machte die Wunde ihm gar oft zu schaffen. Jeden Montagabend brachte ich Korten zu; dann sprachen wir von unseren stolzen Knaben. War ein Brief gekommen, so mußte ich ihn vorlesen; Tante Adelheid hielt daran ihre Spindel, mußte auf dem Schoße, und der Vetter rief dazwischen: „Nun, Ehrwürden, was saget Ihr zu unserem discipulus?" Dann nickte der Oberst lächelnd von seinem Kanapee, worauf er mit seinem kranken Beine lag. Um zehn Uhr ging ich wieder hinab nach meinem noch weit stilleren Hause in dem Dorfe; denn ich war noch unbeweibet. Die Abel war noch immer bei denselben Leuten in der Stadt, die ihrer nicht entraten mochten; sie hatten einen Kramladen, und das Mädchen war zu einer breven und anstelligen Jungfer aufgewachsen; in den Laden kam wohl mancher ihrethalben, der anders nicht gekommen wäre. Ich aber dachte schon lange, sie mir zum Weibe zu gewinnen.

Von Wölfen wurde seit des Wildmeisters Abgang ferner nichts gespürt, und es konnte auch ein Kind itzt ruhig durch die Wälder gehen; aber über der Torfahrt und im Turmhaus wohnte niemand mehr, und von hüben und von drüben leuchtete kein Licht mehr nach der Heide. Auch von dem Nachtspuk dorten hörte ich nichts wieder.

So war es im Januarius des gedachten Jahres. Der gewaltige Kriegsfürst Carroles XII. war seit der schweren Niederlage bei Pultawa fern in der Türkei geblieben; da erhoben sich alle seine Feinde, zuerst die Russen und Sachsen und der Dänenkönig Friedrich IV., der sich in dessen deutschen Herzogtümern Bremen und Verden in seinem Uebermute von den Untertanen hatte huldigen lassen; aber der schwedische Feldmarschall Steenbock schlug ihn bei Gadebusch und ging bei Lübeck über die Grenze in unser armes Land. So hatten wir wieder einmal alle Molesten des Krieges und waren doch im Frieden mit Dänen wie mit Schweden. Der Steenbock zog plündernd und brandschatzend bis in unsere Gegend, und mußten die drunten in der Stadt zum Willkommen alsgleich fünfhundert Tonnen Viertalerbieres und fünfhundert Tonnen Brotkorn zu dessen Armee liefern.

Grieshuus war wohl bisher noch nicht berühret worden, aber wir waren hier in anderen Sorgen; denn unser Junker Rolf zog mit in der Armee des schwedischen Feldmarschalls. Einmal, von Pommern aus, war an den Vater ein Brief von ihm gelanget: „Mon cher papa, ich denk', wir kommen auch noch nach Grieshuus; da lasse ich mich bei Ihnen ins Quartier legen, um alles Mißgeliebte zu verhüten. Und meine Falada möcht' ich wieder reiten, denn unsere Pferde taugen nicht. Lasset das adelige Tier bis dahin fleißig rühren!"

Aber der Herr Oberst hatte ihm darauf erwidert: „Suche dich loszumachen, Rolf; denn der König strecket auch über Grieshuus antipo seinen Zepter, und er würde es dir übel danken, so du wider ihn gefritten hättest." Es kam keine Antwort; er hat den Brief wohl nimmer erhalten. Aber ein mündlicher Gruß kam unerwartet durch einen Knecht, der unten in der Stadt gewesen war. Aus einer schwedischen Eskadron Dragoner, so dorten auf dem Markte ihm vorbeigeritten, hatte er sich rufen hören: „Marten, Marten! Wie geht's zu Hause?", und auf seine fast erschrockte Antwort: „O, alles gut, Herr!" nur noch: „So grüß'! Ich komme bald!" Dann war die Eskadron schon weit; aber der Knecht wußte nun, es war der Junker Rolf gewesen; er hatte ihn nur nicht gleich erkannt mit dem gekürzten Haupthaar und dem leichten Barte.

Solches erzählete mir der Vater, in Freuden halb und halb in Kümmernis; denn itzo war ich fast jeden Nachmittag ein Stündchen auf Grieshuus. An vierundzwanzigsten Januarius aber — es wird das Datum nimmer aus meinem Herzen schwinden — stand ich nach spätabends in dem Schlafgemach der Tante Adelheid und schauete in den hellen Hof hinab und nach dem weiten Himmel, von wo der Mond und alle Sterne auf die Erde schienen. Die Tante vermeinete zu sterben, obwohl der Doktor sie noch ein Dutzend Jahre wollte leben lassen, und ich war, nachdem ich schon nach Haus gegangen, aufs neue geholet worden, um ihr das heilige Abendmahl zu reichen. Die Wachskerzen waren eben ausgetan; sie lag in ihrem Himmelbette und seufzete nach dem Junker, um ihm noch ein ererbet Uhrlein mit Kette in die Hand zu geben. Die alte Matten saß an ihrem Lager; aber das übrige Haus war schon zur Ruhe.

Da ich also in die stille Winternacht hinausschauete und mir beifiel, daß heut' und übel Wetter doch nicht allezeit beisammen seien, hörte ich unten von der Torfahrt her ein Rütteln an dem Eisengitter, das der Herr Oberst erst in dieser Zeit hatte davorsetzen lassen.

„Auf, auf!" rief eine Weiberstimme, und noch einmal und lauter: „Machet auf, ich bin es!"

Wer war das? Aber ich wußte es schon und ging mit raschen Schritten nach der Tür.

Die Tante rief kläglich aus ihrem Bette: „Will Er mich schon verlassen, Pastor?" Aber ich vernahm es kaum; ich eilte über den Hof und holete den Schlüssel aus des Verwalters Schlafkammer, der seit Nachmittage mit dem Vetter jenseits des Walles auf dem Meierhofe war.

Der Wind fegte durch die Torfahrt, es war eisig kalt; draußen aber vor dem Gitter stand ein schlankes Mädchen mit wehenden Röcken, ein Tüchlein um den Kopf gebunden.

„Jungfer Abel!" rief ich und schloß das Gitter auf. „Wo kommt Sie doch daher so mitten in der bitterkalten Nacht?"

Aber sie war also außer Atem, sie antwortete nicht, sondern setzte sich nurr auf die Treppe, so nach meiner früheren Kammer führte, und ihre kleinen Hände waren schier verklommen.

„Einen Augenblick nur," sprach sie dann, „aber eilet! Wecket den Herrn Obersten! Ich folge Euch sogleich — nur eilet, eilet!"

Da tat ich, wie sie wollte, und ging eilig in das Haus.

Und als der Herr Oberst kaum aus seiner Schlafkammer in das Wohngemach gelanget war, da öffnete sich auch die Tür vom Flur aus, und das Mädchen war hereingetreten; die dunklen Augen lagen fast schwarz in seinen Höhlen.

Der Oberst saß am Tisch inmitten seines Zimmers; eine Flasche roten Weines stand noch vom Abend halberfüllt neben ihm. Er saß bleich und matt in seinem Schafpelz auf dem Sessel, sein altes Uebel plagte ihn itzo sehr. „Aber," sprach er, „warum kommst du mitten in der Nacht? Hast du Unfrieden gehabt mit deinen Leuten?"

Aber sie schüttelte den Kopf. „Der Wildmeister war in der Stadt," sagte sie hastig, „aber er wollte erst ein Pferd sich suchen. Da bin ich ihm voraufgelaufen; denn die Schweden haben die Pferde all genommen. Lasset die Knechte wecken, Herr Oberst!" rief sie, indem sie ihm zu Füßen stürzte. „Nehmet den besten; er muß reiten, über die Heide und durch die Wälder nach dem Fluß hinunter; aber keine Viertelstunde ist zu verlieren!"

„Was soll das?" sagte der Oberst. „Reiten? Und itzo in der Nacht? Du hast die schlimmen Tage wohl vergessen? Die Kerle fürchten den Teufel oder was sonst heute umgehen soll; ja, wenn der Wildmeister wirklich wieder da wäre!"

„Das ist nicht Weiberfache. Aber weshalb denn soll geritten werden? Das müssen wir zuerst doch wissen!"

Das Mädchen sah verwirret zu ihm auf: „Ja, ja, Herr Oberst! Aber der Junker Rolf steht mit einem Posten schwedischer Dragoner drunten an dem Flusse; er soll die Brücke halten, denn die Russen wollen dort hinüber. Sie meinten in der Stadt, das würd' noch Tage anstehen; aber ich weiß, die Russen kommen noch in dieser Nacht! Lasset den Junker warnen, Herr! Sie könnten alle sonst verhauen werden!"

„Herr Pastor," sprach der Oberst, nachdem er einen Augenblick totenbleich, wie suchend, um sich hergesehen, „wollte Er die Knechte wecken?"

Und so ging ich hinaus und schüttelte die Kerle aus ihren schweren Betten. Als ich ihrer drei beisammen hatte, trat ich mit ihnen wieder in das Zimmer und hörete den Obersten zu dem Mädchen sagen, das an seinem Sessel stand: „Hätte ich den Verwalter nur nicht sortgesendet! Ich selber!" Und er wiegte seinen Kopf. Als er aber die Knechte sahe, die sich schläfrig an den Türen aufstellten, rief er: „Nun, Leute, wer von euch will eurem jungen Herrn zuliebe heute nacht noch einen Ritt tun?" Und er berichtete, was zu wissen ihnen not war. Aber sie antworteten ihm nicht, schielten sich an und stießen sich mit den Ellenbogen.

„Es soll nicht euer Schade sein!" sprach der Oberst wieder und bot ihnen eine Summe Geldes.

(Fortsetzung folgt.)

Gartenarbeiten im August.

Der August ist schon ein Erntemonat, denn auch im Gemüsegarten reift alles dem Herbst entgegen. Wer hier fleißig war, kein Fleckchen Boden unbepflanzt ließ, der hat jetzt grüne Bohnen, Schoten, Möhrrüben, Frühkartoffeln, Wirsing-, Weiß- und Blumenkohl in reichlicher Menge, da sind auch Salate, Endivien, Speckbohnen, Radieschen, Tomaten, Spinat und alle Küchenkräuter vorhanden. Hungern braucht man jetzt nicht, und die Hausfrau macht vielleicht ein schiefes Gesicht, daß der Mann aus dem Schrebergarten soviel Gemüse zum Einwecken heranschleppt. Was man an Gemüsen aber einwecken will, muß jung und zart sein. Die Beete müssen geräumt werden, denn Herbstspinat, Herbstrüben, Teltower Rübchen, Salat, winterharte Frühlingszwiebeln, Karotten für den Wintergebrauch müssen gesät. Salat, Grünkohl, Rosenkohl, Herbstendivien müssen gepflanzt werden. Auch sät man jetzt alle Kohlsorten, deren Pflanzen man überwintern will, aus, ebenso Wintersalat und Frühkohlrabi. Gießen, Hacken, Düngen, Raupenbekämpfen, Meltau mit Schwefel bestäuben sind jetzt die Hauptarbeiten.

Im Obstgarten sind alle abgeernteten Beerensträucher auszulichten, gut zu bewässern und öfter einmal mit Jauche zu düngen. Das ist ja gerade das Undankbare, daß man sich der Johannis-, Stachel- und Himbeere wohl erinnert, wenn sie tragen sollen, daß man sich ihrer reichlichen Ernte freut, aber wenn sie ihren Reichtum an Früchten abgeliefert haben, sind sie meistens vergessen. Eine gute Pflege in den Sommermonaten läßt hier aber gutes Fruchtholz ausreifen, das schon die Ernte des nächsten Jahres in sich birgt, wie dies ja auch bei allen Obstbäumen der Fall ist. Man vergesse im sandigen Boden die Bewässerung nicht, und wenn mir ein alter Gärtner neulich sagte: „In meinem Garten kann es in der Woche jeden Tag Wasser und am Sonntag flüssigen Kuhdung regnen", so hat er damit das Richtige getroffen. Man vergesse den Sommerschnitt am Spalier- und Kordonobst nicht, dünne den überreichen Fruchtansatz aus und verachte das Fallobst nicht, das zur Marmelade-, Saft- und Gelebereitung, letzten Endes aber noch zur Essigbereitung und zur Verfütterung an das Geflügel gut genug ist. Wer alles madige Obst aufsammelt, vernichtet dadurch auch zugleich viele Obstschädlinge, nur koche man es, werfe es aber nicht in den Müllkasten oder auf den Komposthaufen. Jetzt okuliert man auf das schlafende Auge, legt Leimringe um die Obstbaumstämme, erntet alles Frühobst und hält auch den Obstgarten peinlich sauber.

Im Ziergarten gibt es im August viel Arbeit, denn jetzt steht hier alles in vollster Pracht. Da ist zu gießen und zu düngen, Rasen zu schneiden und zu sprengen, verblühte Blumen sind auszuschneiden, Unkraut ist auszujäten, der Boden ist aufzulockern, die Wege sind unkrautfrei zu halten und jeden Tag zu fegen oder zu harken; da ist zu säen, zu pflanzen, auszulichten und vor allem das trockene Holz aus dem Gesträuch zu schneiden. Das tägliche Arbeiten im Garten ist zur Gewohnheit geworden und Gewohnheit stumpft ab. Man sieht oft nicht Kleinigkeiten, oder besser, man übersieht dieselben leicht, deshalb sieht ein Fremder oft mehr als der Pfleger selbst. Man spiele deshalb nicht die gekränkte Unschuld, wenn man auf etwas aufmerksam gemacht wird, was man vielleicht schon erledigen wollte, aber im Drange von etwas Eiligerem vergessen hatte. Ein gutgepflegtes Gärtchen lobt auch den Besitzer, die Arbeit muß den Meister loben, deshalb warte man nicht auf ein Lob oder „den Segen von oben", sondern man tue seine Pflicht den Pflanzen und den Bäumen gegenüber — dann spenden sie dankbar Frucht.

Türen.

Von Hermynia zur Mühlen.

Hoch und schlank, blendend weißer Marmor, mit schimmernden Beschlägen, ragt die eine Tür auf. Einladend, verheißungsvoll lächelt ihr breites Gesicht, spricht schmunzelnd: „Tretet ein, ich führe euch zur Freude, zur Schönheit, zum behaglichen Leben. Hinter meinem freundlichen Antlitz liegen prächtige Zimmer, warm, mit weichen Möbeln, bildergeschmückt. Hinter meinen glänzenden Beschlägen, die wie frohe Augen leuchten, liegt das Wissen, ihr könnt schöpfen aus seinem unversiegbaren Quell, wenn es euch danach gelüstet. Hinter meiner schneeweißen Fläche laufen Wege zusammen, viele Wege, endlose Straßen, über die sich Schienen ziehen, blaut das Meer. Schiffe tragend, hinter meiner weißen Fläche beginnt der Weg, der in die Ferne führt, nach des Südens Sonne und Gluten, nach nördlicher Länder strenger geheimnisvoller Schönheit. Tretet ein, ich bin die Pforte, die zum Leben führt."

Wie gütig lächelt die Tür, verheißungsvoll, lockend. Laßt uns sie öffnen, laßt uns eintreten in das gelobte Land. Schon heben sich die Hände, um die Klinke zu ergreifen, da fällt der Blick auf eine kleine Tafel. Drohend funkeln die Goldbuchstaben, rufen mit schneidender, spitzer Stimme: „Für Herrschaften."

•

Klein und gebückt, von schmierigem Ruß geschwärzt, mit splitternden Holz, grimmig und traurig steht eine andere Tür. Wird sie geöffnet, so ächzt und stöhnt sie klagend, keuchend, wie ein Mensch, der zu schwere Lasten trägt. Ihre runzlige Stirne, ihr verzerrter, verquollener Mund sprechen böse und traurig:

„Tretet ein, ich führe euch in dumpfe, kleine Stuben, in denen die Armut stinkt, in feuchte Keller, in denen eure Kinder weißgesichtig aufwachsen, mit verkrümmten Knochen und trüben Augen, in Dachkammern, durch die der Wind pfeift und der Regen sickert. Hinter meinem verquollenen Gesicht liegt die Stumpfheit allzu schwerer Arbeit, die lähmende Müdigkeit trostlos grauer Abende. Hinter mir liegen keine Wege, die in die Ferne führen, ich münde in eine Sackgasse, da ragt eine hohe Mauer auf, die euch den Weg verstellt. Und die Gasse heißt: „Freudlose Kindheit", „Glückloses Jugend", „Elendes Alter".

So spricht die zweite Tür. Bisweilen rufen von ihrer Stirn rostige, mürrische Buchstaben: „Für Dienstboten."

•

Doch trägt sie noch eine Inschrift, unsichtbar und dennoch leuchtend, fahlen Schimmer durch die Welt werfend:

„Für die Anderen."

Seit Jahrhunderten gehen die Wenigen, leicht und beschwingt durch die weiße Marmortür, seit Jahrhunderten schleppen sich die Vielen müde und gebückt durch das schwarze Holztor.

Wie lange noch?

Wann werden die Vielen den gebeugten Rücken straffen, mit unzähligen Fäusten gegen den weißen Marmor hämmern, daß er zerscherbend zusammenfällt und der Weg frei wird, der Weg ins Leben, den ihnen die Wenigen verstellen?

Geistesvergiftung!

Die Revision der Schülerbibliotheken.

Im Dezember vorigen Jahres beschloß die Berliner Deputation für die höheren Schulen, eine Revision der Schülerbibliotheken vorzunehmen. Es wurde eine Kommission gewählt, in deren Auftrage der Stadtverordnete Oberlehrer Dr. Witte zunächst die Kataloge einer Durchsicht unterzog. Ueber das Ergebnis berichtet er, daß er in den Bibliotheken zahlreiche nationalistische, militaristische und byzantinistische Werke gefunden habe, aber kein Buch über Völkerrecht, kein Buch über internationale Schiedsgerichte. In den Bibiotheken seien zahlreiche Bücher, in denen die monarchische Staatsform verherrlicht wird, aber keines, in dem der republikanischen Staatsform dasselbe Lob gespendet wird. Als Beispiel dafür, in welchem Geiste viele dieser Bücher abgefaßt worden sind, führte Dr. Witte das von der Stiftung Kaiser-Wilhelm-Dank herausgegebene Buch „Wilhelm II." an, das sich in verschiedenen Schülerbibliotheken befindet. In diesem werden dem letzten Träger der deutschen Kaiserkrone fast sämtliche Tugenden beigelegt, die ein Monarch und ein Mensch haben kann. An einer Stelle heißt es in dem Gittbuche: „Kommende Geschlechter werden einst das Andenken Kaiser Wilhelms II. segnen, des Herrschers, der die Kraft des deutschen Volkes auf die rechte Bahn gelenkt hat; gerade wie die Engländer das Andenken ihrer Königin Elisabeth segnen, die ihren Vorfahren den Weg zur Weltmachtstellung gewiesen hat." Dr. Witte meint, eine solche einseitige Beeinflussung der Jugend durch die Schülerbibliotheken sei direkt eine Gefahr, eine Erziehung zur Gegenrevolution, und fordert, daß der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingreife und eine Revision der Schülerbibliotheken aller Schulen Preußens in Angriff nehme.

Da kann er lange warten! Adolf Hoffmann hat seinerzeit als Kultusminister sofort eine Revision der Schülerbibliotheken aller Schulen angeordnet, aber sein Nachfolger Haenisch hat die Anordnung — versumpfen und versaulen lassen. So wird die Jugend weiterverpiftet!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200803-17/fragment/page=0006